



Siegburg

Nach dem Häftlingsmord von Siegburg hat der Landtag auf Betreiben der SPD einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Schon zu Beginn gab es Differenzen über den Umfang des Auftrags.

S. 3

Zweitstimme

Bei der nächsten Landtagswahl haben die Wählerinnen und Wähler Erst- und Zweitstimme zu vergeben. NRW gleicht sich damit den Wahlen im Bund und den meisten anderen Bundesländern an.

S. 7

„Delfin 4“

Die ersten Sprachtests sind gelaufen und werden ausgewertet, das Schulministerium zieht eine insgesamt positive Bilanz. Im Ausschuss kam die Autorin der Sprachstandserhebung „Delfin 4“ zu Wort.

S. 13

Auskunft

Eine Aktienfehlspekulation bei der WestLB hat die Staatsanwaltschaft auf den Plan gerufen. Abgeordnete im Haushaltsausschuss wollten Näheres wissen. Sie stießen bei Bankchef Fischer auf wenig Auskunftsfreude.

S. 15

Die Jugend interessiert sich nicht für Politik.

Junge Leute würden am liebsten schon mit 16 den Landtag wählen – was stimmt? Klar, mit ihrem Wahlrecht gehen Erstwähler etwas sorgloser um als ihre älteren Mitbürger.

Aber auch die Sorgen für heftige Ausschläge bei der Wahlbeteiligung. Wählen mit 16 können übrigens junge Leute seit längerem, bei den Wahlen zu den Kommunalparlamenten im Land. Bald auch zum Landtag? Bei der Antwort sind die Parteien gespalten. Die Koalition erkennt kein großes Interesse bei den Betroffenen. Die Opposition sagt: Anders wird ein Schuh daraus. Wenn ab 16 im Land – und auch im Bund – gewählt werden kann, dann wächst auch in dieser Altersgruppe das Engagement für Politik. Zum Verhältnis Jugend und Politik das Streitgespräch auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schätte

Jugend und Politik – Demokratie braucht Einsatz

Bergischer Abend

Beim letzten Regionalabend aus Anlass des 60-jährigen Landesjubiläums präsentierte sich die Landeshauptstadt mitsamt dem angrenzenden Bergischen Land. Wer von Düsseldorf aus ganz NRW regiert, der verdient Entspannung und Erholung. Die findet er direkt vor der Haustür, in den idyllischen Tälern und auf den grünen Bergen und Höhen im Städtedreieck Wuppertal, Remscheid und Solingen. Der Hinweis, dass schon vor Jahrtausenden hier auch der Neandertaler sich wohlfühlt hat, ist dabei keine Majestätsbeleidigung. Denn der zottelige Geselle zählt offenbar nicht zu den Urahnen des heutigen Menschen. Finden sich doch von ihm keine Spuren in den Genen des Homo sapiens. Das und noch mehr Interessantes kam an diesem Abend zur Sprache (Seite 21).



Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Ursachen und Schlussfolgerungen	3
<i>Landtag setzt Untersuchungsausschuss zu Siegburg ein</i>	
In gemeinsamer Sorge	4
<i>Landtag verurteilt Anwachsen des Rechtsextremismus in NRW</i>	
Wettbewerb soll fair sein	5
<i>Förderregionen im Land konkurrieren künftig stärker um EU-Mittel</i>	
Koalition sieht keinen Anlass für Korrekturen	6
<i>Opposition erneuert Kritik an Regierungsplänen zur Gemeindereform</i>	
Zwei Stimmen bei der Landtagswahl	7
<i>Nordrhein-Westfalen folgt Mehrheit der Bundesländer</i>	
(Bildungs-)Hunger an Schulen	8
<i>Grüne fordern Recht auf warme Mahlzeit für alle Kinder</i>	
Schneller Klick zum Parlament	9
<i>1.600 NRW-Schulen haben ihre Homepage bereits mit der Landtags-Website verlinkt</i>	
Partizipation ja, Wahlrecht nein?	10-11
<i>Interviews mit den jugendpolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
Gerechtigkeit und Transparenz	12
<i>Unterschiedliche Lehrerarbeitszeiten sollen angeglichen werden</i>	
Deutsche Sprache, schwere Sprache?	13
<i>„Delfin 4“ beginnt sich nach dem ersten Testlauf freizuschwimmen</i>	
Abschied von der grünen Wiese	14
<i>Nordrhein-Westfalen will die Innenstädte stärken und neu beleben</i>	
Bankchef gerät ins Kreuzverhör	15
<i>Haushaltsausschuss hakt nach wegen Aktien-Affäre der WestLB</i>	
Gesetzgeber ist gefordert	16
<i>Neupositionierung des Bürgerfunks zwischen Störfaktor und Bereicherung</i>	
Ein kleines Etikett polarisiert	17
<i>Im Landtag wird die RFID-Technologie vorgestellt und hinterfragt</i>	
Abflug-Vielfalt in der Diskussion	18
<i>Ausschuss hört Experten zum Flughafenausbau</i>	
Konzept steht auf der Kippe	19
<i>Experten uneins über Königsweg bei Förderung ausländischer Studierender</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	20
Ein Stück Neandertaler in uns allen?	21
<i>Geschichte, Kultur und Wirtschaft im Bergischen</i>	
Aus den Fraktionen	22
Porträt: Heinrich Kemper (CDU)	23
Junge Menschen besser informieren	23
Impressum	23
Geburtstage und Personalien	24

Jugendliche lieben das klare Wort

Jugend und Politik, das ist nicht immer gleich Liebe auf den ersten Blick. Mit 16 will man „cool“ sein, dazugehören, sich mit den angesagten Attributen schmücken. Dann oder kurz darauf beginnen die jungen Menschen, ihren Platz in der Gesellschaft zu suchen. Sie rackern sich im Endspurt um gute Zensuren in der Schule ab, machen Praktika, sie schreiben Bewerbungen für eine Lehrstelle – und ernten oft nur Absagen oder Schweigen.

Da soll man sich für Politik interessieren? Wo sind denn die Perspektiven, die versprochen werden? Die Politik soll erst einmal dafür sorgen, dass Chancen wahrgenommen werden können. So denken viele junge Menschen und wenden sich ab.

Das ist zu kurz gedacht. Wer etwas erreichen oder verändern will, braucht Bundesgenossen und Mitstreiter. Demokratie lebt von der Veränderung. In der Demokratie geschieht das über Mehrheiten. Desinteresse und Rückzug aus Enttäuschung sorgen nicht für solche Mehrheiten.

DISTANZ ABBAUEN

Jugendliche mit Distanz zur Politik verhalten sich nicht viel anders als Erwachsene. Zudem ist demokratische Teilhabe mehr als Wahlrecht ab 16. Viele junge Menschen bringen sich in den Kirchen ein, absolvieren ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr, arbeiten in Vereinen und in den politischen Jugendorganisationen mit. Sie wissen, es lohnt sich, politisches Engagement zu zeigen.

Die anderen müssen mitgenommen werden. Dabei fällt den Politikern eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen um Vertrauen werben, am besten durch ihre Politik. Auf die jungen Menschen zuzugehen, ist die andere Voraussetzung. Jeder Abgeordnete hat in seinem Wahlkreis eine Fülle von Terminen, die ihn mit jungen Menschen ins Gespräch bringen. Die Spitze des Landtags tut dies derzeit mit ihren Schulbesuchen.

Junge Menschen mögen sich für Parteien nicht so sehr interessieren, aber dass ihnen die Politik gleichgültig ist, stimmt nicht. Sie fühlen sich oft schlecht informiert (was spricht dagegen, dem durch Eigeninitiative abzuwehren?), wählen unabhängig von den Eltern und schauen genau auf die Person, die zur Wahl steht. Sie lieben das klare Wort, die direkt vertretene Position, sie wünschen die rasche Entscheidung. Kurz: Sie stehen für frischen Wind in der Politik. Was ist dagegen einzuwenden? JK

Ursachen und Schlussfolgerungen

Landtag setzt Untersuchungsausschuss zu Siegburg ein

Vier Monate nach der grausamen Misshandlung und Ermordung eines 20-Jährigen durch Mit-häftlinge in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Siegburg hat die SPD-Fraktion die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) nach Artikel 41 der Landesverfassung (Drs. 14/4011) beantragt. Der Ausschuss soll die Umstände, die zum Tod des jungen Häftlings führten, sowie die Situation im Strafvollzug seit dem 1. Januar 2003 aufklären.

Thomas Stotko (SPD) warf der Justizministerin vor, von den Missständen gewusst zu haben. Es hätten in dieser Hinsicht bereits einige Beschwerden aus der Haftanstalt Siegburg vorgelegen. Außerdem sei das Problem der Überbelegung hinlänglich bekannt gewesen. Das beweise, dass man sich aus der Verantwortung zurückgezogen habe. „Der Zug rollte auf die JVA Siegburg zu, kam dort an und entgleiste – und das mit Ihrer Kenntnis“, meinte der Abgeordnete. Aus diesem Grund sei das Verhalten ein „Skandal ohnegleichen“. Außerdem sei versäumt worden, die Politik sowie die Öffentlichkeit über die Geschehnisse zu informieren. Die Lücken in der Informationspolitik des Ministeriums seien „so groß wie Scheunentore“, beanstandete er. Mit der PUA-Einsetzung müsse nun den offenen Fragen nachgegangen werden. Dies geschehe nicht nur zum Wohle der Justiz, sondern auch zur lückenlosen Aufklärung im Sinne der Familie des Opfers, so Stotko.

Harald Giebels (CDU) sagte, seine Fraktion wolle der Einsetzung zustimmen, aber man dürfe nicht die Fehler der Vorgängerregierung vergessen. Er kritisierte, der Untersuchungsauftrag

des Ausschusses solle offenbar die Amtszeit des ehemaligen Justizministers Jochen Dieckmann (SPD) außer Acht lassen. Seiner Meinung nach wolle die Opposition sich auf diese Weise aus der Verantwortung ziehen. „Sie wollen sich hier als Aufklärer aufspielen. In Wirklichkeit sind Sie der Brandstifter, der nach der Feuerwehr ruft“, bemerkte Giebels in Richtung SPD. Bereits unter Minister Dieckmann habe es etliche Versäumnisse im Hinblick auf die JVA Siegburg gegeben. Daher wolle man an einer lückenlosen Aufklärung arbeiten, sagte er.

Ewald Groth (GRÜNE) kündigte an, seine Fraktion sei an einer „seriösen und unabhängigen“ Untersuchung der Situation und insbesondere an den Gründen für Gewalt in nordrhein-westfälischen Haftanstalten „brennend interessiert“. Ob der eingebrachte Antrag zu einer qualitätsvollen Auseinandersetzung beitragen werde, daran habe er Zweifel angesichts der gerade stattgefundenen Wortgefechts der beiden Vorredner. Groth: „Wer nur dem anderen die Schuld in die Schuhe schieben will, wer es nur darauf anlegt, zu erklären, wer mehr Schuld hat an dem, was da passiert ist, dem kann ich nur sagen, der springt zu kurz,

auch in einem Untersuchungsausschuss.“ Den Grünen wäre darum eine unabhängige Kommission lieber gewesen, „damit es nicht zum Kampf der Opposition gegen die Regierung kommt“. Der Abgeordnete forderte ein Gesamtkonzept für ein modernes und zugleich humanes Jugendstrafrecht, das den Resozialisierungsgedanken ernst nehme.

Dr. Robert Orth (FDP) sagte: „Niemand kann behaupten, dass wir bei 18.500 Inhaftierten in einem kurzen Zeitraum von drei bis vier Jahren die gesamte Landschaft umkrepeln könnten.“ Man müsse die Zeit vor der schwarz-gelben Regierungübernahmen einbeziehen, „weil wir nur so zu einem Urteil und einer Wertung kommen können“. Mit diesem Antrag jedenfalls werde man aus der „Bredouille nicht herauskommen“. Es sei festzustellen, woran es gelegen habe, um anschließen zu überlegen, wie es künftig besser gehe. „Hierzu hat die Landesregierung inzwischen einen Entwurf eines Jugendstrafvollzugsgesetzes vorgelegt.“ Vor Siegburg seien bereits Jungtäterabteilungen eingerichtet und „zum Glück das Gutachten zur Gewalt in Auftrag gegeben“ worden. Wenn die SPD behauptete, die Landesregierung trage die Verantwortung, dann „hört sich das so an, als würden Sie sagen, der Sanierer ist schuld und nicht derjenige, der die Ruinen zurückgelassen hat“.

Peter Biesenbach (CDU) fragte sich, warum die SPD den Ausschuss beantragt habe, es bleibe nach wie vor „rätselhaft“. Denn „alles was Sie im Antrag als Gründe angegeben haben, ist Sache für den Staatsanwalt“ – und nicht Sache der Ministerin. Wofür kämpfte die SPD eigentlich, für einen besseren Strafvollzug? Den wollten die Ministerin, seine Partei und die Grünen. Biesenbach zur SPD: „Dann machen Sie doch mit!“ ■

„Kinder ...

... sind die Blumen der Welt“ – unter diesem Slogan steht der Malwettbewerb für Grundschul Kinder. Die UNESCO-Stiftung veranstaltet ihn und Landtagspräsidentin Regina von Dinther (L.) hat die Schirmherrschaft übernommen. Sie und die UNESCO-Sonderbotschafterin Ute Ohoven (r.) laden alle Mädchen und Jungen an den nordrhein-westfälischen Grundschulen zwischen fünf und elf Jahren ein, an dem Kindermalwettbewerb teilzunehmen. Das Thema ist frei, der Phantasie kann freier Lauf gelassen werden. Als Preis winkt ein Ausflug ins Phantasialand. Das Gewinnerbild wird am 12. Mai im Rahmen einer Benefizveranstaltung zugunsten des Projekts „Bildung für Kinder in Not“ in Köln versteigert. Bilder aus dem Wettbewerb werden auch im Landtag ausgestellt.

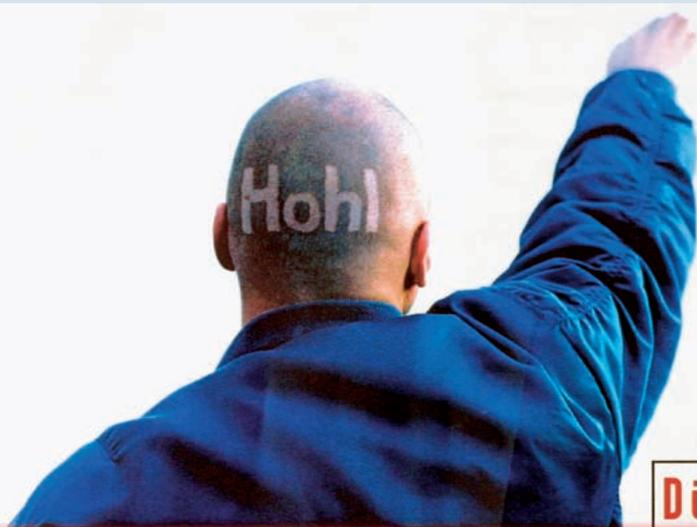
Foto: Schälte



In gemeinsamer Sorge

Landtag verurteilt Anwachsen des Rechtsextremismus in NRW

Der Landtag NRW hat sich in einer von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde mit dem besorgniserregenden Anstieg von Rechtsextremismus und den Gegenstrategien dazu beschäftigt (Drs. 14/4060). Alle vier Fraktionen betonten, entschieden gegen den Rechtsextremismus anzugehen. Ein Eilantrag der SPD-Fraktion „Handlungskonzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus muss her!“ (Drs. 14/4059) sowie ein Entschließungsantrag von CDU und FDP (Drs. 14/4094) wurden im Anschluss an eine nachdenkliche Diskussion im Plenum ohne Gegenstimme an den Hauptausschuss und den Innenausschuss überwiesen.



Nur stark, wenn wir sie lassen.

Düsseldorfer
COURAGE
HANDELN STATT WEGGUCKEN

Sieben Jahre alt, aber (leider) noch so aktuell wie damals ist das Plakat, mit dem die Aktion „Düsseldorfer Courage“ im Jahr 2000 die Bürgerinnen und Bürger aufrief, sich einzumischen, wenn (nicht nur rechte) Gefahr droht. Noch immer werden im Rahmen dieser Aktion unter dem Motto „Handeln/Helfen statt weggucken“ Menschen ausgezeichnet, die Zivilcourage bewiesen haben.

Monika Düker (GRÜNE) beklagte, Jahr für Jahr seien es mehr rechtsextremistische Straftaten geworden – und die, die bekannt seien, seien nur die Spitze eines Eisbergs. Rechtsextremistische Tendenzen seien latent bei Wählern aller Parteien vorhanden, die Rechtsextremen befänden sich nicht mehr am Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Zwar habe der Verfassungsschutz hervorragende Arbeit geleistet. Aber die Ursache für Rechtsextremismus seien Desintegration, Angst vor dem Abstieg und das Gefühl der Machtlosigkeit. „Ausländerfeindlichkeit ist die Einstiegsdroge in den Rechtsextremismus“, erklärte die Abgeordnete. Deshalb müsse Prävention schon im Kindergarten anfangen, durch das Einbeziehen der Schwächeren: „Starke Kinder brauchen keine Führer“, so Düker.

Edgar Moron (SPD) gab zu bedenken, dass es keine schnelle Antworten auf die Fragen gebe „Was sind die Ursachen?“ und „Was wollen wir

dagegen tun?“ Junge, männliche Personen, die keinen Platz in unserer Gesellschaft fänden, seien anfällig für Rechtsextremismus und Gewalt. Aber es gebe in diesem Bereich auch hochintelligente Leute. „Mit Rechts kann man mittlerweile sogar Geld verdienen: mit Musik, durchs Internet und mit Devotionalien“, warnte Moron. Die Rechtsextremen säßen in mehreren Landesparlamenten und Räten. „Wir haben eine andere Geschichte als unsere europäischen Nachbarn und müssen uns offensiv damit auseinandersetzen“, betonte er. „Die Rechtsextremen sind keine politischen Partner, wir dürfen sie nicht benutzen, um Mehrheiten zu bekommen.“ Auch forderte der Abgeordnete eine konsequente Anwendung des Strafrechts: „Wir müssen schneller ermitteln und hart verurteilen.“

Theo Kruse (CDU) erinnerte an Aussteiger- und Präventionsprogramme, welche bereits 2001 beschlossen worden seien: „Die neue Lan-

desregierung führt die bisherigen Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus konsequent fort und baut sie noch aus.“ Insbesondere Präventivmaßnahmen wie Aufklärungsarbeit in den Schulen spielten eine zentrale Rolle. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit seien ein Schwerpunkt der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Darüber hinaus betreibe die Landesregierung intensive Ursachenforschung. „Multikulti-Politik ohne Konzept hilft gegen Links- und Rechtsextremismus nicht weiter“, so Kruse. „Wir brauchen langfristige Prävention und kurzfristige Regression.“

Horst Engel (FDP) sagte: „Nach Zeitungsinformationen stieg im vergangenen Jahr die Zahl rechter Straftaten um 14 Prozent auf mehr als 18.000 Delikte. Damit ist der bisherige Negativrekord von 2005 leider übertroffen worden. Auch bei den rechten Gewalttaten hat es eine Zunahme gegeben, und zwar um acht Prozent auf etwa 1.100. Dass die Gewalttaten steigen, ist eine schlimme Entwicklung.“ Es gebe aber auch eine Vielzahl an Projekten und Programmen gegen Rechtsextremismus, für junge Menschen beispielsweise den Comic „Andi“. „Eine wirtschaftlich gute Entwicklung ist und bleibt nach meiner Auffassung ein weiterer, zentraler Aspekt im Kampf gegen den Extremismus. Wenn wir Familien in Beschäftigung bringen, wenn Jugendliche eine Chance auf eine Ausbildung und einen Arbeitsplatz haben, dann haben sie Perspektiven. Dann empfinden sie Vielfalt als Chance und nicht als Bedrohung“, fasste Engel zusammen.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) erklärte, die besorgniserregende Entwicklung des Rechtsextremismus sei kein nordrhein-westfälisches, sondern ein bundesweites Problem. „Bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 wurde deutlich, dass Rechtsextremisten auch vor Fußballvereinen keinen Halt machen.“ So sei gezielt Aufklärungs- und Präventionsarbeit in die örtlichen Sportvereine zu transportieren, um so gegen Ausländerfeindlichkeit und Ausgrenzung wirksam vorzugehen, meinte Wolf, der auch Sportminister ist. Das Innenministerium werde gemeinsam mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration das Projekt „Arbeit mit jugendlichen Fußballfans aus Profi- und Amateurvereinen zur Gewaltprävention und antirassistischen Aufklärung“ unterstützen. Zu den Bemühungen rechtsextremer Gruppierungen, sich lokalpolitisch zu verankern, sagte der Minister, die zunehmende Akzeptanz rechtsextremistischer Ideologien in Teilen der Bevölkerung sei der Nährboden dafür. Deshalb werde das Ministerium die Zusammenarbeit mit den Kommunen verstärken und die bereits bestehenden Ordnungspartnerschaften unterstützen. ■

Wettbewerb soll fair sein

Förderregionen im Land konkurrieren künftig stärker um EU-Mittel

Ist die Vergabe von europäischen Fördermitteln transparent genug? Diese Frage debattierten in einer Aktuellen Stunde die Landtagsabgeordneten auf Antrag der SPD. Anlass war die Statistik zur Aufteilung der Fördergelder, die Europaminister Michael Breuer (CDU) veröffentlicht hat. So standen Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2000 bis 2006 über fünf Milliarden Euro Fördermittel aus verschiedenen EU-Programmen zur Verfügung. 1,16 Milliarden Euro davon gingen an das Ruhrgebiet, 1,855 Milliarden Euro in den Bereich des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe und 921 Millionen Euro in das Gebiet des Landschaftsverbands Rheinland. Für die Förderperiode bis zum Jahr 2013 werden die Mittel jetzt neu verteilt.

Wolfram Kuschke (SPD) betonte, die Vergabe von europäischen Fördermitteln verfolge in erster Linie das Ziel, die Regionen einander anzugleichen. Er wies darauf hin, dass die Förderung stets an sozio-ökonomischen Kriterien wie der Arbeitslosenquote und dem Bruttoinlandsprodukt in der jeweiligen Region orientiert sein müsse. Kuschke begrüßte, dass

die Regionen bei der Mittelvergabe in einem Wettbewerb zueinander stehen. Allerdings sah er das Ruhrgebiet in diesem Prozess deutlich benachteiligt. „Soll der Wettbewerb außerhalb des Ruhrgebietes stattfinden“, fragte er in die Runde. Für seine Fraktion machte Kuschke deutlich: „Wir wollen mehr Transparenz darüber haben, an wen welche Fördermittel gehen.“ Dies sei der entscheidende Punkt, um Misstrauen in der Bevölkerung künftig auszuschließen.

Josef Hovenjürgen (CDU) betonte: „Eine ungerechte Behandlung des Ruhrgebietes ist definitiv nicht gegeben.“ Vielmehr sei die Vergabe von Fördermitteln zuzeiten der rot-grünen Landesregierung nicht erfolgreich und effizient gewesen. Ein Beispiel hierfür sei die Subventionierung des Trickfilmstudios HDO in Oberhausen. Derartige Projekte hätten sich als „reine Geldvernichtungsmaschine“ erwiesen. Die künftige Vergabe von EU-Fördermitteln habe daher nach klaren Kriterien zu erfolgen. Die Landesregierung wolle vor diesem Hintergrund nur noch Vorhaben unterstützen, die sich im Wettbewerb bewährt hätten. „Wir müssen weg von Förderungen, die nicht einen Arbeitsplatz in die Region gebracht haben.“ Hovenjürgen versprach im Namen seiner Fraktion: „Wir werden uns um das Ruhrgebiet kümmern.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, forderte von allen Fraktionen: „Wir müssen endlich damit aufhören, die Regionen gegeneinander auszuspielen.“ Der SPD warf sie vor, das Ruhrgebiet weiterhin als „eine Region der Schwächen und Defizite“ darzustellen. „Das ist nicht das Ruhrgebiet, so wie ich es kenne. Das Ruhrgebiet im Jahr 2007 ist eine dynamische Region“, berichtete sie von ihren eigenen Eindrücken. Die Abgeordnete verlangte für die neue Förderperiode einen Dreiklang bei der Mittelvergabe. Dieser bestehe aus einem fairen Wettbewerb der Regionen, aus Solidarität und dem Ansporn für eine nachhaltige Entwicklung. Den Landtagsabgeordneten machte sie deutlich: „Unser Job im Parlament bei der Ver-



Wolfram Kuschke (SPD) und Minister Michael Breuer (CDU, Hintergrund)

gabe von Steuergeldern muss es sein, sie nach nachvollziehbaren Kriterien zu vergeben.“

Dietmar Brockes (FDP) meinte, die Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene müssten in Zukunft transparenter werden. Mit ihrer Transparenzinitiative habe die Europäische Kommission bereits einen richtigen Schritt in diese Richtung getan. Allerdings gab Brockes zu bedenken, dass man vernünftig zwischen dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit und den Datenschutz-Interessen der Mittelempfänger abwägen müsse. Schließlich gehe es für die Unternehmen auch um wettbewerbsrelevante Betriebsgeheimnisse. Die Gesetzeslage gebe hier die entscheidenden Rahmenbedingungen vor. „Eine namentliche Nennung der subventionierten Unternehmen ist rechtlich einfach nicht zulässig.“ Brockes schlug die Einrichtung eines effektiven Frühwarnsystems vor, um den Missbrauch von europäischen Fördermitteln zu verhindern.

Europaminister Michael Breuer (CDU) betonte: „Die Landesregierung hat sich durch die Veröffentlichung der Förderzuweisungen um größtmögliche Transparenz bemüht.“ Dies sei zum Beispiel durch anonymisierte Auflistung der Empfänger von Agrarsubventionen geschehen. Er wies darauf hin, dass durch die Initiative der Europäischen Kommission die Mittelvergabe von 2007 bis 2013 noch transparenter dargestellt werden könne. Hiermit verband der Minister die „herzliche“ Bitte an die Landtagsfraktionen: „Spielen Sie die Regionen nicht gegeneinander aus. Das ist kontraproduktiv für das gesamte Land.“



Josef Hovenjürgen (CDU)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Dietmar Brockes (FDP)

Koalition sieht keinen Anlass für Korrekturen

Opposition erneuert Kritik an Regierungsplänen zur Gemeindereform

Die Landesregierung hat die Gesetzentwürfe zur Reform der Gemeindeordnung (Drs. 14/3979) und des Kommunalwahlgesetzes (Drs. 14/3977) in den Landtag eingebracht. Trotz heftiger Kritik der Opposition sollen die Entwürfe nach Wunsch der Koalition noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Diese sehen unter anderem die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Städten und Gemeinden zu Gunsten privater Wettbewerber vor. Darüber hinaus soll die Amtszeit von Bürgermeistern und Landräten von fünf auf sechs Jahre verlängert sowie ihre Wahl von denen der Gemeinderäte entkoppelt werden. Auch die Stichwahl zwischen zwei Bewerbern soll künftig wegfallen.

Fotos: Schälte

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) bezeichnete die Novelle als „Meilenstein auf dem Weg zu mehr Freiheit für Bürger und Kommunen“. Die Entkoppelung der Wahlen werde die Wahlen durchsichtiger und spannender machen. „Wenn sich alles auf die Bürgermeisterwahl konzentriert, dann tritt die Gremienwahl dahinter absolut zurück“, so Wolf. Gleichzeitig verteidigte er die Reform der Kommunalwirtschaft: Sie stelle eine vernünftige Abwägung zwischen der Gemeinde- und der privaten Wirtschaft dar. Im Kern gehe es darum, dass sich die Stadtwerke auf die Versorgung der Bürgerschaft mit Strom, Gas und Wasser konzentrieren: „Wir wollen keine Global Player, die Altautos in Finnland recyceln oder Strom nach London liefern. All diese Dinge gehören nicht in die Kommunalwirtschaft.“

Rainer Lux (CDU) war sich sicher: Die „apokalyptischen Visionen und Weltuntergangsszenarien“ der Opposition würden wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen. Ihre harsche Kritik sei insbesondere vor dem Hintergrund unverständlich, dass die im Entwurf formulierten Reformüberlegungen in vielen Punkten die Ergebnisse der vom damaligen SPD-Innenminister 2002 eingesetzten Reformkommission aufgriffen. Bei der Vielzahl von Regelungsbereichen sei es „verständlich und normal“, wenn über das Reformpaket innerhalb sowie auch zwischen den Parteien heftig und kontrovers diskutiert werde. Er versicherte jedoch: „Die CDU steht bei aller Kritik in Einzelfragen auch mit ihren kommunalen Mandatsträgern nahezu geschlossen hinter diesen Reformbestrebungen.“

Hans-Willi Körfges (SPD) warf der Regierung vor, sie habe den „Weg des Grundkonsenses“

verlassen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sei „von parteipolitischen Machtinteressen, einer neoliberalen Ideologie und von pathologischer Beratungsresistenz“ geprägt. Die Entkoppelung der Wahlen fördere nicht die kommunale Demokratie, sondern die Wahlmüdigkeit. Zudem würden die Einflussmöglichkeiten der Räte geschwächt, sie drohten zu „reinen Reklamationsabteilungen“ zu verkümmern. Als „politischen Skandal“ bezeichnete er die Abschaffung der Stichwahlen: „Wir schicken aus Deutschland Truppen in den Kongo, um dort Stichwahlen abzusichern, und Sie von Schwarz-Gelb schaffen sie hier in NRW ab.“ Den „negativen Höhepunkt“ der Reform stelle jedoch die Einschränkung der Kommunalwirtschaft dar.

Horst Becker (GRÜNE) warf der Koalition „Realitätsverdrängung“ vor: Schwarz-Gelb propagiere große Einigkeit in den eigenen Reihen. In Wahrheit stießen die Pläne vor Ort auf große Ablehnung. „Sie werden doch hoch und runter zerrissen von Ihren eigenen Bürgermeistern“, so der Abgeordnete. Gerade erst habe der Stadtrat von Köln mit den Stimmen der CDU eine Resolution gegen die Pläne zur Reform der Kommunalwirtschaft beschlossen. Weiter kritisierte Becker

die Abschaffung der Stichwahlen: In den Jahren 1999 und 2004 habe die CDU in zwei, die FDP in einem Fall von Stichwahlen profitieren können. In allen anderen Fällen – rund 40 – hätten Kandidaten der CDU Stichwahlen verloren. „Sie können sich doch vorstellen, dass man Ihnen zu Recht unterstellt, dass Sie etwas abschaffen wollen, was Ihnen parteipolitisch nicht genutzt, sondern geschadet hat.“

Horst Engel (FDP) sprach von erheblichem Reformdruck, der sich in den Kommunen seit der letzten Überarbeitung der Gemeindeordnung vor 13 Jahren aufgebaut habe. Mit der Reform würden einerseits die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger ausgebaut, andererseits die Stellung von Rats- und Kreistagsmitgliedern sowie auch die Stellung des Bürgermeisters gestärkt. Darüber hinaus werde der Mittelstand von der Verschärfung des Gemeindefinanzrechts profitieren. „Unter dem Deckmantel der öffentlichen Daseinsfürsorge haben viele Kommunen fantasievoll wirtschaftliche Aktivitäten entwickelt, die der Privatwirtschaft vorbehalten sind“, so Engel. „Dabei wurde bewusst übersehen, dass das finanzielle Risiko für diese kommunale Staatswirtschaft stets der Bürger zu tragen hatte.“



Rainer Lux (CDU)

Hans-Willi Körfges (SPD)

Horst Becker (GRÜNE)

Horst Engel (FDP)

Zwei Stimmen bei der Landtagswahl

Nordrhein-Westfalen folgt Mehrheit der Bundesländer

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) hat dem Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zur „Änderung des Landeswahlgesetzes“ (Drs. 14/3978) vorgestellt und erläutert. Mit der Änderung des bestehenden Landeswahlgesetzes aus dem Jahr 1993 soll in NRW ein Zweitstimmwahlrecht eingeführt werden. Die SPD-Fraktion steht der Gesetzesreform ablehnend gegenüber, wie bei der ersten Lesung deutlich wurde.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) nannte als zentralen Punkt der Reform die Einführung der Zweitstimme bei kommenden Landtagswahlen: Eine für den Wahlkreis Kandidaten, die andere für eine Partei. Der Minister: „Mit zwei Stimmen eröffnen sich für die Wahlberechtigten und die Parteien mehr Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme auf die Zusammensetzung der Parlamente.“ Mehr Transparenz gebe es, weil künftig die ersten fünf statt bisher die ersten drei Listenbewerber der jeweiligen Partei aufgeführt würden.

Markus Töns (SPD) bemerkte, er könne durch die Einführung der Zweitstimme keine Stärkung des demokratischen Systems erkennen – „von kurzfristigen Vorteilen für diese oder jene Partei abgesehen“. Die SPD lehne ein „rein taktisches Herumfummeln an historisch gewachsenen und bewährten Wahlsystemen“ ab. Wenn schon ein Mehr an Teilhabe angestrebt werde, warum dann nicht im Landeswahlgesetz das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen? Der Gesetzentwurf verfehle sein Ziel komplett. Töns abschließend: „Der Gewinn für Demokratie ist gleich null; aber dafür verpassen wir eine echte Chance für mehr Beteiligung von jüngeren Menschen am politischen Prozess“.

Peter Biesenbach (CDU) kritisierte die SPD: Ihm sei nicht klar, ob die Sozialdemokraten für oder gegen das Zweitstimmrecht seien. So bleibe die Haltung der Fraktion „im Nebel“. Die Reform schaffe im Wahlrecht einige Vereinfachungen und regle klar das Zweitstimmrecht. Der Abgeordnete: „Damit – das ist ein demokratischer Fortschritt – kann der Wähler auch bei der Landtagswahl entscheiden: Persönlichkeit oder Partei. Er wird nicht mehr gezwungen, aus Tradition ein Kreuz zu machen“.

Monika Düker (GRÜNE) fand die Argumentation der SPD ebenfalls „mehr als dünn“. Die meisten Bundesländer hätten ähnlich dem Bundestagswahlrecht ohnehin ein personalisiertes Verhältniswahlrecht mit zwei Stimmen. So trage die nordrhein-westfälische Reform zur Vereinheitlichung der Wahlsysteme zwischen Bund und Ländern bei. Zum anderen bringe die Zweitstimme ein Mehr und nicht

ein Weniger an Demokratie, denn sie schaffe die Möglichkeit für ein differenziertes Stimmensplitting. Hier gehe es auch nicht um ein Geschenk an die FDP, sondern um ein „Geben und Nehmen“.

Ralf Witzel (FDP) stellte fest, das neue Wahlrecht sei richtig und notwendig. Eine Ablehnung stärke die Partizipation des Wählers durch den Landtag dürfe es nicht geben. Im Übrigen hätten immerhin zwölf von 16 Bundesländern ein „lupenreines“ Zweitstimmwahlrecht. NRW dürfe den Anschluss nicht verpassen, sondern sollte sich an die Entwicklung in anderen Bundesländern anschließen und demokratische Partizipationsrechte verbessern. Das neue Wahlrecht erleichtere dem Bürger die konkrete Auswahlentscheidung, ein realistisches Abbild des Wählerwillens zu zeichnen. Witzel: „Das ist gut für unsere Demokratie in Zeiten zunehmender Wahlverweigerung.“ ■

Kein Umdenken mehr

„Aufgrund der Einführung des Zweitstimmensystems nach dem Muster des Bundeswahlgesetzes können die Wahlberechtigten bei der Landtagswahl nach gleichen Grundsätzen wie bei der Bundestagswahl wählen. Ein „Umdenken“ bei künftigen Landtagswahlen ist daher insofern grundsätzlich nicht mehr nötig. Das gilt gleichermaßen für die Parteien. Die Wahlrechtsharmonisierung kommt ferner den Wahlvorständen, Gemeinden, Wahlleiterinnen, Wahlleitern und Wahlausschüssen bei der Wahlorganisation zugute. Gegenüber dem Einstimmensystem ermöglicht das Zweitstimmensystem eine Trennung von Persönlichkeitswahl von der Wahl der Landesliste mit der von der Partei im demokratischen Nominationsverfahren bestimmten Reihenfolge.“

Zitat aus der Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung

Foto: Schälte

(Bildungs-)Hunger an Schulen

Grüne fordern Recht auf warme Mahlzeit für alle Kinder

Nach Mathematik, Deutsch und Englisch brummt Schülerinnen und Schülern nicht nur der Kopf, es knurrt oft auch der Magen. Doch außer Kiosk-Knabberereien gibt es an vielen Schulen kaum etwas zu essen. Das kritisierten die Grünen im Plenum und forderten die Landesregierung per Antrag (Drs. 14/3912) auf, das Recht auf warme Mahlzeit im Schulgesetz zu verankern. Der Landtag überwies den Antrag mehrheitlich an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, kritisierte: „Es ist ein Unding, dass Schüler sieben Stunden lernen sollen, ohne etwas Vernünftiges im Bauch zu haben.“ Dieser Missstand mache sich besonders an Gymnasien bemerkbar, wo die Verkürzung der Schulzeit von 13 auf zwölf Jahre zum „schleichenden Ganztags“ geführt habe. Das Beispiel Finnland zeige, dass eine Versorgung aller Schüler mit Mahlzeiten möglich sei. Zugleich kritisierte Löhrmann, dass Hartz IV-Empfänger ihre Kinder von Ganztagschulen abmeldeten, weil sie sich das Essen für 2,50 Euro nicht leisten könnten. Der Kinder-Tagessatz beträgt nach Hartz IV 1,70 Euro. Löhrmann forderte deshalb, den Nachwuchs von Hartz IV-Empfängern von Zuzahlungen zu befreien. „Wir müssen den Bildungshunger und den richtigen Hunger unserer Kinder stillen.“

Bernhard Recker (CDU) bekräftigte den Leitsatz, dass die Bildungschancen von jungen Menschen nicht vom Portmonee der Eltern abhängen dürften. Daher sei es Pflicht der Fraktionen, Kindern aus finanziell schwachen Verhältnissen eine vernünftige Ernährung zu ermöglichen. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Wohlfahrtspflege, Kirchen und Jugendämtern müsse der Landtag nach Lösungen suchen. Recker begrüßte die Bundesratsinitiative des Saarlandes, das Mittagessen an Ganztagschulen als Mehrbedarf bei Hartz IV-Zuschüssen anzuerkennen. Einen Rechtsanspruch auf warmes Essen lehnte er aber ab: „Ich halte es für nicht angemessen, wenn die Allgemeinheit mit ihren Steuergroschen die Mahlzeit für alle Kinder finanzieren soll.“

Marlies Stotz (SPD) zitierte aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, nach der jedes zweite Kind aus finanziell benachteiligten Familien ohne Frühstück zur Schule gehe. Die Abgeordnete warf der Landesregierung mangelnde Handlungsbereitschaft vor: „Die Regierung lässt die Kommunen mit dem Problem allein.“ Die Schulträger benötigten weitere Hilfe, um die räumlichen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb zu schaffen. Stotz erhofft sich daher ein neues Finanzierungskonzept für die Schulen. Es müsse gelingen, die Halbtagsschulform zu überwinden und alle Schulformen im Ganztagsbetrieb zu organisieren. „Es geht nicht nur um den Rechtsanspruch auf eine warme Mahlzeit, sondern darum, unsere Schulen nach und nach zu Häusern des Lebens und Lernens zu entwickeln.“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) erklärte, der zunehmende Nachmittagsunterricht habe weniger mit einer Verdichtung des Stundenplans zu tun, sondern vielmehr damit, „dass Rücksicht genommen wird auf individuelle Wünsche von Lehrern.“ Von Heiden will daher die Schulpflicht dafür sensibilisieren, dass Stundenpläne zum Wohle der Schüler aufgestellt werden. Ausdrücklich begrüßte sie die Bundesratsinitiative für ein bezahlbares Mittagessen an Ganztagschulen. Ebenso bedeutend seien kreative Problemlösungen vor Ort. So schlug die schulpolitische Sprecherin freiwillige Mittagspatenschaften vor. Unternehmen und Seniorenheime in der Nachbarschaft von Schulen könnten dem Nachwuchs ein Mittagessen in ihrer Kantine ermöglichen.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte: Ein Rechtsanspruch auf eine warme Mahlzeit nütze niemandem, solange die Finanzierung nicht gesichert sei. Die Einrichtung von Kantinen sei Aufgabe des Schulträgers. Sommer hob zugleich hervor, dass die Kommunen vielfältige finanzielle Unterstützung erhielten, etwa durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ und die Schulpauschale in Höhe von 460 Millionen Euro. Spielräume gebe es angesichts der Haushaltslage nicht.

„Wir wollen gemeinsam Zukunft für unsere Kinder“, wandte sich die Ministerin an die Opposition. „Haben Sie bitte auch im Blick, dass Zukunft ebenfalls bedeutet, dass man Haushalt und Finanzen in Ordnung bringt.“ ■



Heute Currywurst mit Pommes und morgen Fertigpizza, übermorgen ein Döner? Auf dem Speisezettel von Schülerinnen und Schülern, die ihre Mittagspause immer öfter in der Schule verbringen, sollte Abwechslungsreicheres und Gesünderes stehen als Fastfood.

Schneller Klick zum Parlament

1.600 NRW-Schulen haben ihre Homepage bereits mit der Landtags-Website verlinkt

Fotos: Schälte

Erst wenn man eine Sache versteht, hat man auch Interesse daran. Deshalb hat der Düsseldorfer Landtag für Jugendliche die Internet-Initiative „Lerne den Landtag NRW kennen“ ins Leben gerufen. Alle Schulen erhielten ein E-Mail mit der Bitte, auf ihren Schul-Homepages einen Link zu legen zum Internetauftritt des Landtags Nordrhein-Westfalen (www.landtag.nrw.de). 1.600 Schulen sind dieser Bitte bereits nachgekommen. Deren Schülerinnen und Schüler haben so einen direkten Draht zum Landtag.

Ziel der Aktion ist, alle Schulen (von Grund-, über Haupt-, Real- und Gesamtschule bis hin zu Gymnasium und Berufskolleg) auf die par-

lamentarische Arbeit des Landtags aufmerksam zu machen und ihr Interesse für landespolitische Themen zu wecken. Sie können und sollen sich dort live Plenarsitzungen anschauen, über Debatten informieren und auf den speziellen Jugendseiten (siehe Text unten) mit einem Quiz und einem Landtagsspiel beschäftigen.

Die Schulen haben fast alle das Landtags-Wappen an prominenter Stelle auf der Homepage platziert. Viele von ihnen haben nicht nur einen Link zur Schul-Homepage gelegt, sondern berichten auf der Startseite ihrer Website ausführlich über die Initiative. Andere Schulen nutzen die Rubrik „Aktuelles“, um über die Aktion zu berichten. Beispiele findet man rasch im

Netz, wenn man eine Internet-Suche mit „Lerne den Landtag kennen“ oder „Lerne den Landtag NRW kennen“ startet.

„Wir werten die Aktion als zusätzlichen, wichtigen Schritt, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen“, so Landtagspräsidentin Regina van Dinter.

Schulen, die noch mitmachen möchten, können das Logo des Landtags (das Wappen) von der Landtags-Homepage herunterladen. Es befindet sich in der linken oberen Ecke der Seite. Das Landtags-Logo und der Satz „Lerne den Landtag NRW kennen“ können dann mit der Internetseite www.landtag.nrw.de verlinkt werden. DD

Neues Jugend-Angebot des Landtags NRW online

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat neue Jugend-Internetseiten. Sie ergänzen das bestehende Internetangebot (www.landtag.nrw.de) und beinhalten unter anderem ein Politik-Quiz, ein Computer-Spiel, mit dem man virtuell den Plenarsaal erkunden kann, eine Fotogalerie, einen Film, Neuigkeiten und Termine.

In der Rubrik „Ein Tag mit der Präsidentin“ können sich die Jugendlichen durch eine Bildergalerie klicken und einen Arbeitstag der Landtagspräsidentin Regina van Dinter miterleben. Das Lexikon erklärt Begriffe aus der parlamentarischen Arbeit. In der Fotogalerie finden sich Bilder von Jugendgruppen, die den Landtag besucht haben. Diese Bilder werden teils von der Pressestelle des Landtags eingestellt, teils von Nutzern des Online-Angebots auch dem Landtag zugemailt. Bei der „Frage der Monats“ kann jeder über aktuelle Themen abstimmen. Wer das neue Jugendangebot gleich einmal ausprobieren möchte, klickt in der Menüleiste der Landtagshomepage auf das blau hinterlegte Kästchen „Jugendangebot“.



Das neue Jugendangebot wurde im Landtag selbst, ohne Hilfe einer externen Agentur, entwickelt. So kann es zeitnah und ohne zusätzliche Kosten ständig aktualisiert werden.

Die Jugendinternetseiten informieren auch über das neue Angebot „Der Landtag besucht Eure Schule“. Um junge Menschen für Politik zu begeistern und ihnen die Arbeit des Landtags und seiner Abgeordneten näher zu bringen, bieten Landtagspräsidentin Regina van Dinter (CDU) und ihre Stellvertreter Edgar Moron (SPD), Oliver Keymis (GRÜNE) und Angela Freimuth (FDP) an, persönlich in die Aula zu kommen, Einblicke in ihre Arbeit zu geben und sich Zeit für die Fragen der Schüler zu nehmen. Einen Flyer mit Informationen zu der Initiative „Der Landtag besucht Eure Schule“ kann ebenfalls von der Homepage des Landtags herunterladen werden. Vor den Sommerferien werden noch Schulen in Gelsenkirchen (16.5.07), Bergisch Gladbach (31.5.07), Warstein-Belecke (1.6.07), Krefeld (11.6.07) und Düsseldorf (15.6.07) besucht.

Neue Jugend-Broschüre erschienen

In vielen E-Mails von Schulen, die uns im Rahmen der Internet-Aktion „Lerne den Landtag NRW kennen“ erreicht haben, wurde der Wunsch nach einer Informationsbroschüre über den Landtag geäußert, die sich speziell an Jugendliche richtet. Wir haben diese Idee aufgegriffen und eine Jugend-Broschüre verfasst. In klaren Worten werden die Arbeit und die Bedeutung des Landtags erklärt und die häufigsten Fragen rund um den Landtag beantwortet: Wo liegt der Landtag? Was macht der Landtag? Wie entsteht ein Gesetz? Was geht mich Politik an?

Die Jugend-Broschüre kann von der Homepage des Landtags (www.landtag.nrw.de) heruntergeladen werden. Gedruckte Exemplare der Jugend-Broschüre können kostenfrei bestellt werden (email@landtag.nrw.de). Eine Kinderbroschüre über den Landtag für das Grundschulalter ist zurzeit in Arbeit.



Partizipation ja, Wahlrecht nein?

Interviews mit den jugendpolitischen Sprechern der Fraktionen

Nicht zuletzt wegen der besorgniserregend niedrigen Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt wird auch hierzulande diskutiert, wie man das Interesse junger Menschen an demokratischer Teilhabe stärker wecken kann. Gleichzeitig lassen Themen wie Killerspiele, „Koma-Saufen“ oder die zunehmende Brutalität bei Jugendlichen auch im politischen Raum die Rufe nach Verboten und härteren Strafen laut werden. „Landtag intern“ widmete sich dem schwierigen Verhältnis zwischen Jugend und Politik und sprach mit Marie-Theres Kastner (CDU), Wolfgang Jörg (SPD), Andrea Asch (GRÜNE) und Christian Lindner (FDP).

Rechtsextremisten buhlen verstärkt um die Gunst junger Menschen. Was kann die Politik tun, um Jugendliche für die Demokratie zu gewinnen?

Kastner: Es ist eine beängstigende Tatsache, dass die Zahl der Rechtsextremen hierzulande zugenommen hat. Wir müssen uns die Frage stellen, warum es rechtsextremen Organisationen gelingt, Jugendliche in ihren Bann zu ziehen. Grund hierfür ist, dass viele junge Menschen für sich selbst keine Perspektive sehen – insbesondere wenn sie ohne Schulabschluss oder Lehrstelle dastehen. Es gehört daher zu den zentralen Aufgaben, die Chancen Jugendlicher durch qualitativ hochwertige Schulbildung und Weiterbildungsangebote zu verbessern. Darüber hinaus ist es nach wie vor wichtig, in den Schulen den Jugendlichen Politik möglichst gegenwartsnah zu vermitteln. Aus diesem Grund begrüße ich es ausdrücklich, wenn Schulen an Zeitungsprojekten teilnehmen, um den Schülern den täglichen Umgang mit dem Medium Zeitung näher zu bringen. Und nicht zuletzt sind auch die Parteien gefragt, wenn es darum geht, auf

Jugendliche zuzugehen und ihnen zu erklären, wie Demokratie funktioniert.

Jörg: Politik muss vor allen Dingen authentisch und glaubhaft sein. Es kann nicht sein, dass man auf der einen Seite etwas verspricht und Hoffnung weckt, und auf der anderen Seite diesen Versprechen im Realleben keine Taten folgen lässt. Denn nur wenn Kinder und Jugendliche Politik und Politiker als verlässlich und ehrlich erfahren, können sie Vertrauen gegenüber Politik und unserer demokratischen Grundordnung aufbauen. Wenn das gelingt, dann bin ich zuversichtlich, dass Jugendliche auf die Verführungen rechter Gruppen nicht mehr hereinfallen werden. Selbstverständlich sind aber auch die Schulen gefordert, die Schülerinnen und Schüler durch intensive Aufklärungsarbeit vor Rechtsextremen und deren oftmals gut getarnten Anbiederungsversuchen zu warnen.

Asch: Rechtsextremismus ist eine große Gefahr für unsere Demokratie. Rechtsextreme Organisationen sind sehr geschickt darin, junge Menschen zu ködern und für ihre Belange zu instrumentalisieren. Ursache hierfür ist der Umstand, dass viele junge Menschen sich nicht integriert fühlen, in der Gesellschaft keine Perspektive für sich sehen und sie wenig Wertschätzung für die eigene Person empfinden. Bei diesen Jugendlichen setzen Rechtsextreme verstärkt an, indem sie ihnen das bieten, was ihnen fehlt: Dort haben sie eine Aufgabe, sie erfahren eine Wertigkeit und Zugehörigkeit. Und genau hier muss Politik ansetzen, indem wir über ausreichend Ausbildungsplätze den Jugendlichen Zukunftsperspektiven bieten. Zudem müssen wir dem Bedürfnis der Zugehörigkeit Rechnung tragen und mehr Geld in die Arbeit der Jugendverbände stecken, statt hier zu kürzen.

Lindner: Jugendliche brauchen Perspektiven. Fehlen diese, sind sie eher erreichbar für Rattenfänger. Diese versuchen an Jugendliche heranzutreten, indem sie CDs von rechten Bands auf Schulhöfen verteilen oder Freizeitaktivitäten in der Gruppe organisieren. Hier ist Politik gefordert, alternative Angebote in den gefährdeten Stadtteilen bereitzuhalten. Beispielsweise mit der Stärkung der offenen Jugendarbeit im Landesjugendplan und dem Ausbau der Ganztagshauptschulen hat die Koalition bereits wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Rechtsextremisten das Handwerk gelegt wird. Darüber hinaus bin ich der Überzeugung, dass eine fundierte Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte einen Schwerpunkt der Bildungs- und Jugendpolitik bilden sollte. Es war deshalb töricht, dass Rot-Grün die Mittel für Gedenkstättenfahrten auf null zusammenzuziehen wollte. Diese Form der politischen Bildung brauchen wir weiterhin.

Jugendliche Straftäter werden immer gewalttätiger. Ist die „Strategie der Nulltoleranz“ die richtige Antwort?

Kastner: Ja und nein. Aus zahlreichen Gesprächen mit Justizbehörden weiß ich, dass das Frustpotential hoch ist. Hier existiert schon lange die Tendenz, schneller und härter durchzugreifen. Natürlich legen wir das Hauptaugenmerk auf die Prävention: Dabei spielen Aufmerksamkeit, gute Jugendarbeit sowie eine kompetente schulische wie auch familiäre Erziehung eine gewichtige Rolle. Sollte Prävention jedoch nicht mehr ausreichen und kommt es zu Gewalt- und Straftaten, dann sind jugendpädagogische Maßnahmen häufig nicht die richtige

Antwort. Es geht nicht um maßlos hartes Durchgreifen, sondern darum, straffällig gewordenen Jugendlichen unmissverständlich Grenzen aufzuzeigen. Das entlässt uns auch nicht aus der Verantwortung, den Jugendstrafvollzug immer wieder einer kritischen Prüfung zu unterziehen – so wie es die Justizministerin derzeit macht.



Marie-Theres Kastner (CDU)



Wolfgang Jörg (SPD)

Jörg: Man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Auch hier gilt: Wir müssen alles daran setzen, jugendliche Straftäter wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Das funktioniert nur dann, wenn man sie für die Gesellschaft begeistern kann. Zweifellos hängt das vom Einzelfall ab. Auch ich möchte keine jugendlichen Mehrfachstraftäter auf die Menschen los lassen, die mit Sexual- oder Tötungsdelikten behaftet sind. Es gibt aber auch eine ganze Reihe von jugendlichen Straftätern, die Gewalt anwenden als Ausdruck dafür, dass sie mit dieser Gesellschaft nicht mehr zurechtkommen, keine Anknüpfungspunkte finden. Dieses Phänomen ist übrigens unabhängig von der sozialen Herkunft und zieht sich durch alle Schichten. Genau hier sind Politik und Gesellschaft gefragt, Jugendlichen Halt zu bieten. Null Toleranz halte ich daher für falsch. Übersetzt bedeutet das, man schließt die Leute weg. Aber zwischen wegschließen und tatenlos zuschauen gibt es eine breite Palette an Möglichkeiten, die dem Gesetzgeber jetzt schon zur Verfügung steht. Sie müssen nur tatsächlich auch angewendet werden.

Asch: Die Null-Toleranz-Strategie ist eindeutig die falsche Antwort! Es ist immer leicht, bei solchen Phänomenen einfache Antworten zu geben. Ministerpräsident Rüttgers hat ja erst kürzlich geschlossene Heime auch für nicht strafmündige Kinder gefordert. Wir haben bis in die siebziger Jahre hinein sehr schlechte Erfahrungen mit solchen Einrichtungen gemacht, die sich jetzt in Hamburg wiederholen, wo es auf Betreiben der damaligen Schill-Regierung wieder ein geschlossenes Heim für Jugendliche gibt. Innerhalb dieser Einrichtung gibt es sehr viel Gewalt, massive Ausbruchsversuche und eine hohe Rückfallquote. Im Landesjugendamt Rheinland haben wir hingegen ein deutlich besseres Modell entwickelt, das erfolgreich arbeitet. Null Toleranz abzulehnen heißt nicht, keine Grenzen zu setzen. Selbstverständlich brauchen gewalttätige Jugendliche Grenzen, aber eingepasst in ein pädagogisches Konzept, zeitlich begrenzt und individuell auf den Einzelnen abgestimmt.

Lindner: Nein, das wäre wenig erfolgversprechend. Wir brauchen Ausbildung und Erziehung statt „law and order“. Gerade bei hochgradig delinquenten Kindern unter 14 Jahren helfen keine repressiven Maßnahmen. Es geht vielmehr darum, Eltern Hilfen zur Erziehung zu geben oder Kinder notfalls aus prekären Familienverhältnissen herauszuholen. Für strafunmündige Kinder brauchen wir eine erzieherisch ausgerichtete und geschlossene Heimunterbringung. Bei älteren Jugendlichen sprechen wir uns für einen „Warnschuss-Arrest“ von bis zu vier Wochen aus, der neben einer Jugendstrafe verhängt werden kann. Er dient dazu, frühzeitig ein Signal zu senden, damit Jugendliche gar nicht erst auf die schiefe Bahn geraten und dann dauerhaft straffällig werden.

Wahlrecht ab 16: Können Sie sich das bei der nächsten Landtagswahl in NRW vorstellen?

Kastner: Nein. Denn wenn man wie ich viel Kontakt zu Kindern und Jugendlichen hat, dann erfährt man, wo die Interessen der jungen Leute liegen, und Politik gehört nach meiner Erfahrung zunächst nicht dazu. Auf kommunaler Ebene haben wir ja bereits das Wahlrecht ab 16. Dort hat sich jedoch gezeigt, dass die Wahlbeteiligung bei den Jung- und Erstwählern sehr gering ist, obwohl Jugendliche hier die Möglichkeit haben, über Dinge mit zu entscheiden, die sie unmittelbar vor Ort betreffen. Im Vergleich dazu sind landes- und bundespolitische Themen deutlich abstrakter und viel weiter von den Jugendlichen entfernt.

Jörg: Wir Politiker müssen den Jugendlichen ernsthafte Partizipationsangebote machen. Es geht hier nicht um irgendwelche Spielwiesen, sondern es geht darum, Jugendlichen mehr Verantwortung zu übertragen, indem sie die Gesellschaft aktiv mitgestalten können. Von daher halte ich eine Ausweitung des Jugendwahlrechts für 16-Jährige auch auf Landes-ebene

für außerordentlich begrüßenswert. Ich würde übrigens bei Landtagswahlen keine Grenze ziehen, sondern könnte mir darüber hinaus eine Ausweitung auf Bundestagswahlen vorstellen.

Asch: Ich bin eine Verfechterin der Senkung des Wahlalters auf 16. Als kinder- und jugendpolitische Sprecherin und als Mutter habe ich sehr viele Kontakte zu jungen Menschen. In allen Gesprächen wird mir deutlich, dass Jugendliche mit 16 in der Regel ein sehr starkes Interesse an Politik und gesellschaftlichen Themen insgesamt haben. Die Erfahrungen bei den Kommunalwahlen haben uns gezeigt, dass sie verantwortlich mit diesem Wahlrecht umgehen. Ich glaube, dass wir Jugendliche noch stärker für unsere Demokratie motivieren können, wenn wir ihnen die Teilnahme an Landtags- und Bundestagswahlen künftig früher zugestehen.

Lindner: Ich halte das nicht für sinnvoll. Wir brauchen zweifellos mehr Partizipation auf der kommunalen Ebene; der unmittelbaren Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen, die sie überblicken und erfahren können. Die Absenkung des Wahlalters auf kommunaler Ebene 1999 hat jedoch nicht den erwünschten Erfolg gezeigt, weder bei der Wahlbeteiligung noch beim politischen Interesse. Bezeichnenderweise haben sich laut jüngster Shell-Jugendstudie mehr als die Hälfte der Jugendlichen gegen eine Absenkung des Wahlalters bei Landes- und Bundestagswahlen ausgesprochen. 23 Prozent der Befragten war es „egal“.

Die Interviews führten Jürgen Knepfer und Axel Bäumer

Fotos: Schälte



Andrea Asch (GRÜNE)

Christian Lindner (FDP)

Gerechtigkeit und Transparenz

Unterschiedliche Lehrerarbeitszeiten sollen angeglichen werden

Vor Jahren hat das Schulministerium die Arbeitszeiten der Lehrer in einer Studie untersucht lassen. Das Ergebnis: Es gibt erheblich unterschiedliche Zeitbelastungen. Weil sich daran bis heute nichts geändert habe, und man dem Ziel einer gerechteren und zukunftsweisenden Arbeitszeitregelung endlich näher kommen will, haben die Koalitionsfraktionen CDU und FDP einen Antrag vorgelegt (Drs. 14/4013), den der Landtag nach Debatte zur abschließenden Beratung an den Schulausschuss überwiesen hat.



Michael Solf (CDU)



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Michael Solf (CDU) urteilte, der Lehrerberuf sei einer „der schwierigsten Berufe unserer Tage“. Nicht nur die Ausbildung von Schülern, sondern auch die Formung ihrer Persönlichkeit stehe bei den Aufgaben der Pädagogen ganz weit oben. Allerdings sei ihr Image seit längerem verzerrt: Lehrer würden einerseits als „faul“ beschimpft und seien andererseits schweren Belastungen ausgesetzt. Der Abgeordnete forderte: „Wir müssen das Problem der ungleichen Lasten systematisch, nachvollziehbar und fair lösen“. Dafür sollten Arbeitszeitmodelle eingeführt werden, die mit den Schulen entwickelt werden und die Arbeitszeiten flexibler und transparenter gestalten. „Wir werden darauf achten, dass der Aufbau der neuen Arbeitszeitmodelle nicht zu überbordender Bürokratie führen wird“, versprach er.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) betonte die Notwendigkeit von flexiblen und transparenten Arbeitszeiten für Pädagogen. Das Bandbreiten-

modell der rot-grünen Vorgängerregierung sei in diesem Punkt gescheitert, meinte sie. Künftig sollten die Arbeitszeiten individualisiert werden. Außerdem wolle man die Arbeit der Lehrer auch unter einem quantitativen Gesichtspunkt bewerten sowie die Arbeitszeiten der Lehrer mit denen im übrigen öffentlichen Dienst gleichsetzen. Ziel sei es, das Ansehen der Lehrer in der Öffentlichkeit zu stärken, betonte die Abgeordnete. Des Weiteren sollen sie ein Arbeitszeitkonto mit zugeschriebenen Arbeitszeiten erhalten. In Bezug auf das Arbeitszeitmodell, welches bereits an einem Berufskolleg in Minden erprobt werde, erhoffe man sich eine Verbesserung der Qualität der Schulen. Im Schuljahr 2007/08 sollen Arbeitszeitmodelle landesweit eingeführt werden.

Sören Link (SPD) stimmte zu, dass die Lehrerberechtigungen ungerecht seien. Allerdings gebe es unterschiedliche Belastungen in allen Berufsfeldern. Die Problematik der Arbeitszeiten müsse man in Zusammenhang mit anderen Aspekten wie der Lehrerausbildung oder dem schulischen Umfeld verstehen. Der Abgeordnete gab zu, dass das Bandbreitenmodell die Erwartungen nicht erfüllt habe. Ohne die erforderliche Verantwortung vor Ort werde auch das neue Arbeitszeitmodell scheitern, sagte er voraus. Seine Forderungen an die Regierung: Lehrer müssen in der Schule häufiger präsent sein. Außerdem müssten Mittel für mehr Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Die Modelle sollen seiner Ansicht nach weiterhin „praxisorientiert und praxiserprobt“ sein. Das Mindener Modell sei keine Lösung, sondern eine von vielen Möglichkeiten. So betonte Link zum Schluss: „Wir wollen mehr Zufriedenheit der Lehrer bei der Arbeit und letztendlich eine Weiterentwicklung von Schule“.

Sigrid Beer (GRÜNE) stellte fest, die durchschnittliche Arbeitszeit von Lehrern liege weit über der Jahresarbeitszeit im öffentlichen Dienst. Durch die spezifischen Anforderungen in den Fächern gebe es unterschiedliche Arbeitsbelastungen. Die Abgeordnete warf der Koalition vor, sie wolle innerhalb des vorgegebenen Stundenkontingents der Lehrkräfte nur

umverteilen. Sie kritisierte, dass keine Zeit für intensive Elterngespräche eingeplant sei. Der Koalition warf sie auch vor, sich um die Frage der Präsenz in der Schule zu drücken. Beer: Lehrer „gehören ganztags in die Schule“.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) stellte klar: mit der neuen Regelung soll nicht gespart werden. Es gehe in dem Antrag um den flexiblen und effizienten Einsatz der kostbaren Arbeitszeit der Lehrer. Neben dem Unterricht hätten diese viele weitere Verpflichtungen, die endlich auch in der Arbeitszeit berücksichtigt werden müssten. Dabei setze die Regierungskoalition ausdrücklich auf Modelle, die aus den Schulen selbst kämen. Man wolle die Arbeitszufriedenheit, die Gesundheit der Lehrer sowie die Qualität im Unterricht verbessern. Keine Schule würde gezwungen, neue Arbeitszeitregelungen zu erproben.

Ute Schäfer (SPD) kritisierte, dass in dem Antrag die Ergebnisse der Potsdamer Studie zur Lehrergesundheit fehlten, wonach Lehrer aufgrund der psychischen Belastung einen der anstrengendsten Berufe ausübten. Zudem warf sie der Ministerin Missachtung im Umgang mit den Gewerkschaften und Verbänden vor.

Ralf Witzel (FDP) stellte fest, es komme vor, dass innerhalb eines Kollegiums einige Lehrer bei gleicher Entlohnung etwa viermal so viel arbeiten wie ihre Kollegen. Diese Problematik müsste angegangen werden. ■



Sören Link (SPD)



Sigrid Beer (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Deutsche Sprache, schwere Sprache?

„Delfin 4“ beginnt sich nach dem ersten Testlauf freizuschwimmen

Sprachförderung ist wichtig; je eher damit begonnen wird, desto besser. Darin sind sich alle Fraktionen einig. Wer aber fördern will, muss wissen, wo Förderung Not tut. Das will Schulministerin Barbara Sommer (CDU) künftig mit Sprachstandserhebungen bei Vierjährigen herausfinden lassen, die ersten Tests haben gerade stattgefunden. Schon im Vorfeld hat es jedoch Kritik am „Delfin 4“ genannten Testverfahren gegeben. Die Dortmunder Professorin Lilian Fried gilt als Expertin. Denn sie hat das Testverfahren entwickelt und stand vor kurzem dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) in einem Expertengespräch Rede und Antwort.

Wir haben an der Universität Dortmund ein Modell entwickelt, was ein Vierjähriger können sollte“, so die Professorin. In dem zweistufigen Testverfahren gehe es darum herauszufinden, „ob das Kind Deutsch als Sprache ausreichend beherrscht, und ob es in der Sprachentwicklung altersgerecht fortgeschritten ist“. Fried: „Wer in der Sprache nicht gut entwickelt ist, hat Schwierigkeiten, in der Schule durchzustarten.“ Sie machte auf den wissenschaftlich belegten Zusammenhang zwischen Sprache und kognitiver Entwicklung aufmerksam, die Auswirkungen auf die fachliche Leistung in Fächern wie Mathematik. Für die Durchführung der Tests habe man bisher 400 Multiplikatoren geschult, es gibt eine Hotline für fachliche Fragen. Geplant sind auch Infopakete im Internet – mit ganz praktischen Hinweisen für Erzieher und Eltern, wie man die am Ende des Tests stehenden Förderempfehlungen umsetzen kann.

ANLAUSCHWIERIGKEITEN

„Deutschland hat einen Nachholbedarf in der pädagogischen Diagnostik“, sagte die Professorin und mahnte gerade im Elementar- und Primarbereich – also Kindergarten und Grundschule – eine Weiterentwicklung an. „Auch wenn hier seit einiger Zeit eine Menge Bewegung drin ist.“ Aber vielleicht wäre das ja ein Erklärungsansatz für die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Tests. Denn während Fried und ihr Team bei hunderten von Testläufen einen Zeitrahmen von maximal zwanzig bis dreißig Minuten ausmachten, waren Abgeordneten aller Fraktionen Zeiten von bis zu einer Stunde bekannt geworden. Von möglichen Totalverweigerern und dem Druckpotenzial der Prüfungssituation einmal abgesehen.

„Muss man wirklich 180.000 Kinder in einen Test zwingen? Geht das nicht anders?“, fragte Ute Schäfer (SPD), die ausdrücklich die gute Absicht anerkannte. „Zumindest meine Enkelin hatte Spaß daran“, konterte spontan Marie-Theres Kastner (CDU). Natürlich nehme man alle Ängste ernst, „aber die überwiegen nicht“.



Sprachstandserhebung – eine sperrige Bezeichnung für den Test, dem sich die Vierjährigen im Land zu unterziehen haben. Darüber gab es im Schulausschuss ein Expertengespräch mit Professor Lilian Fried (M.). Rechts der Schulausschussvorsitzende Wolfgang Große Brömer (SPD), links Schulministerin Barbara Sommer (CDU).

Foto: Schälte

FDP-Sprecherin Ingrid Pieper-von Heiden verwies auf die umfangreiche Evaluation und riet zu Gelassenheit. Tatsächlich, so Fried, empfänden höchstens die Eltern ein eventuell erneutes Hinschauen in der zweiten Teststufe als Versagen. „Von sich aus sehen Kinder in dem Alter das noch nicht so“, beruhigte die Expertin.

Aber gerade die unerwartet hohe Zahl derer, die in einen zweiten Durchlauf müssen, sorgte bei der Opposition für Kritik. Sigrid Beer (GRÜNE), die ebenfalls dem Projekt fachlich einiges abgewinnen konnte, sprach mit Blick auf das Verfahren gar von einer „Beta-Version“, Fraktionskollegin Andrea Asch forderte eine Verschiebung und zunächst ein Pilotprojekt. Ein Vorschlag, der weder bei der Ministerin noch bei den Koalitionsfraktionen auf Gegenliebe stieß. „Was ist denn der worst case“, wollte Klaus Kaiser (CDU) wissen: Im „schlimmsten“ Fall werde ein Kind, das es nicht unbedingt nötig hätte, zusätzlich gefördert. Dafür wolle das Land übrigens 350 Euro pro Kind und Jahr zur Verfügung stellen.

Nachdem die erste Gruppentestphase mittlerweile ausgewertet ist, finden im Mai nun die Individualverfahren statt. Dabei geht es um die Erstellung von Sprachkompetenzprofilen als Grundlage für individuelle Förderung. Hier, so Ministerin Sommer, sei dann auch anderes Personal eingebunden. Ihr Resümee – gerade auch die Organisation durch die Schulen betreffend – fiel übrigens durchweg positiv aus, „auch wenn wir sicher noch besser kommunizieren müssen, dass die Einladung zum zweiten Test kein Makel ist“. Einzelfällen von Unterrichtsausfall in der ersten Testphase will sie nachgehen: „Das sollte nicht sein.“

In der nun anstehenden zweiten Phase werde man, wie die Ministerin anfügte, um den einen oder anderen Ausfall nicht herumkommen. Schließlich seien – auch wenn Kindergartenkinder getestet werden – vorwiegend Lehr- und Integrationskräfte eingebunden. Die Teilnahme an dem Test sieht die Ministerin zumindest mittelfristig als verpflichtend an.

vok

Abschied von der grünen Wiese

Nordrhein-Westfalen will die Innenstädte stärken und neu beleben

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) steht hinter dem Gesetzentwurf (Drs. 14/3451), mit dem die Landesregierung die nordrhein-westfälischen Innenstädte als Wohn-, Arbeits- und vor allem Handelszentrum stärken will. In einer Expertenanhörung ging es darum, wie man das gemeinsame Ziel möglichst rechtssicher formuliert. Aber auch, an welchen Stellen Ausnahmeregelungen Sinn machen könnten.

Wie sehr das Thema auf den Nägeln brennt, verdeutlichen der Streit um den geplanten Ikea-Neubau in Köln-Ossendorf und die Kontroverse um eine mögliche Erweiterung des Factory Outlet-Centers in Ochtrup von 3.500 auf 11.500 Quadratmeter. Die beiden Projekte wurden zwar nicht näher erörtert, waren aber im Hintergrund ständig präsent. Auf Widerspruch nahezu aller Experten stieß dabei die Behauptung der Ikea-Anwälte, 50 Prozent der Kunden besuchten auch jeweils die Innenstadt. Auch Thomas Rasch vom Modeverband German Fashion stand mit seiner Mahnung, Outlet-Center nicht mit einer Sonderregelung in ihrer Größe zu begrenzen, ziemlich allein da: „Wenn solche Zentren in Städten mit weniger als 100.000 Einwohnern maximal 5.000 Quadratmeter groß sein dürfen, bekommen Sie einen Flickenteppich, der dem Handel mehr schadet als einige große Zentren“, so seine Warnung.

Wenn sich mehrere Kommunen zusammenschließen, könnte es künftig Ausnahmen von dieser Regelung geben. Auf besonderes Interesse bei den Abgeordneten stieß dabei die Rolle, die Einzelhandelskonzepte und interkommunale Ver-

stärkung etwa über den Regionalrat spielen könnten. Hier konnten sich die Experten ebenso Öffnungsklauseln vorstellen wie bei der Festbeschreibung so genannter „zentrenrelevanter Sortimente“ wie Bücher, Bekleidung, Foto auf die zu definierenden „zentralen Versorgungsbereiche“.

FLEXIBILITÄT

Denkbar sei auch eine je nach Region (ländlich oder Ballungsraum) flexible Handhabung der Obergrenze für so genannte Randsortimente. Sie liegt laut derzeitigem Gesetzentwurf bei zehn Prozent der Verkaufsfläche, maximal aber 2.500 Quadratmeter. Der schwedische Möbelgigant beispielsweise möchte für Nebenprodukte die doppelte Fläche nutzen. Eine ganz klare Absage an Outlet-Center & Co. gab es seitens der kommunalen Spitzenverbände – wenigstens für den ländlichen Raum. Dort seien sie eher Gefahr denn Nutzen, formulierte Sprecher Stephan Keller auch die Furcht vor einer „schleichenden Umwandlung in normale Einkaufszentren“.

Alles in allem ein hochbrisantes Feld, das – nicht nur nach Einschätzung von Oberverwaltungsrichter Ulrich Kuschernus – in den nächsten Jahren ganz sicher die Gerichte beschäftigen wird. Umso wichtiger, dass die Novelle eine möglichst große Rechtssicherheit bietet. Hier machte den Rechtsexperten vor allem der Regelungsort Sorgen. Sicherlich, so Dr. Susan Grotefels vom Institut für Raumplanung an der Universität Münster, sei eine Regelung im Landesentwicklungsprogramm (LEPro) schneller umzusetzen. „Allerdings verlieren Sie auch Zeit, wenn das am Ende vor Gericht nicht hält.“

Die Alternative wäre eine Lösung über den Landesentwicklungsplan, einem Instrument zur Raumordnung, das in einheitlicher, fachlich übergreifender Form die Schwerpunkte der räumlichen Entwicklung vorgibt. Zumal nach dem Willen der Koalition mittelfristig das LEPro ohnehin ersetzt werden soll. Auch Richter Kuschernus hatte noch den einen oder anderen Punkt mit Klärungsbedarf gefunden. So gab er den Abgeordneten mit auf den Weg, sich noch einmal mit der Definition der zentralen Versorgungsbereiche oder aber auch der Vorgabe, was zentrenrelevant ist, auseinanderzusetzen. Beruhigendes gab es zu möglichen Übergangsregelungen: Die brauche man eigentlich nicht, da über das Landesplanungsrecht neue Ziele der Raumplanung für die Kommunen zur Folge hätten, dass sie ihre Bauleitplanung anpassen müssen. Auf laufende Verfahren würden die neuen Regelungen ohnehin sofort angewandt. vok

Der Vorsitzende im Kreis von Abgeordneten: Franz-Josef Knieps (CDU, 3. v. r.) zusammen mit (v. l.) Josef Hovenjürgen (CDU), Reiner Priggen (GRÜNE), Dietmar Brockes (FDP), Thomas Eiskirch und Norbert Römer (beide SPD). Foto: Schälte



Bankchef gerät ins Kreuzverhör

Haushaltsausschuss hakt nach wegen Aktien-Affäre der WestLB

Die Affäre um fehlgeschlagene Aktienspekulationen der WestLB AG beschäftigten auch den Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD). In der Hoffnung, neue Details aus erster Hand zu erfahren, hatte der Ausschuss den WestLB-Vorstandsvorsitzenden Dr. Thomas Fischer in die Sitzung am 19. April eingeladen. Dieser hatte vor der Sitzung bereits verlauten lassen, er werde sich ohnehin nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu den Vorfällen äußern. Zwar nahm Fischer dann doch in öffentlicher Sitzung Stellung, zeigte sich mit Hinweis auf die laufenden Ermittlungen jedoch recht wortkarg. Damit wollten sich die Abgeordneten von SPD und Grünen nicht zufrieden geben und nahmen Fischer ins Kreuzverhör – ohne Erfolg.



WestLB-Chef Dr. Thomas Fischer (r.) beteuerte im Ausschuss, die Aktien-Affäre „schonungslos, hart und schnell“ aufzuklären zu wollen. Finanzminister Dr. Helmut Linssen (l.) sagte ihm dafür seine volle Unterstützung zu. Foto: Schälte

Fischer sicherte dem Parlament zu, die Vorfälle „schonungslos, hart und schnell“ aufzuklären. Dafür übernehme er persönlich Verantwortung. Im Gegensatz zu früheren Zwischenfällen, so der Bankchef weiter, habe der WestLB-Vorstand unmittelbar nach Bekanntwerden der Verlustgeschäfte reagiert und die Staatsanwaltschaft sowie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eingeschaltet. Zur Dimension des entstandenen Schadens ließe sich zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage machen. Medienspekulationen über eine mögliche Schadenssumme von 300 Millionen Euro wies er jedoch zurück.

VORSICHTIGE VERMUTUNGEN

Statt die Affäre mit neuen Details zu erhellen, beschränkte sich Fischer in der zweistündigen Befragung auf vorsichtig formulierte Mutmaßungen: „Die WestLB ist scheinbar nicht nur Opfer von Fehlhandlungen geworden, sondern von mehr. Es sieht aus wie kriminelles Verhalten. Deshalb haben wir die Polizei ins Haus gerufen“, sagte der 59-Jährige. Das Risikomanagement sei wohl mit „verschmutzten Informationen“ unterlaufen worden. Offenbar seien auch Dritte in die Vorgänge involviert gewesen.

Bei den Abgeordneten bat Fischer um Verständnis: Er sei kein „Schweiger“, aber „mehr können und werden Sie derzeit nicht von mir hören“. Aus ermittlungstaktischen und aktienrechtlichen Gründen sei er an eine umfassende Schweigepflicht gebunden. Gleichzeitig appellierte er an die Ausschussmitglieder, den reibungslosen Ablauf der Ermittlungen nicht durch Kommentierungen und Spekulationen zu behindern.

Abgeordnete von SPD und Grünen warfen Fischer daraufhin vor, er weiche allen wesentlichen Fragen aus – auch denen, die nicht der Geheimhaltung des Aktienrechts unterlägen

– und versuche eine „Mauer des Schweigens“ zu errichten. Zudem wurde die Vermutung laut, der Bankvorstand habe die Öffentlichkeit möglicherweise bewusst getäuscht: Bei der Bilanzpressekonferenz der Bank am 29. März habe Fischer die riskanten Eigenhandelsgeschäfte mit keinem Wort erwähnt, obwohl er zu diesem Zeitpunkt bereits darüber Kenntnis gehabt haben soll. Ganz im Gegenteil habe er dort ein „glänzendes Bild“ der Landesbank gemalt und vor allen Dingen auf das weiter optimierte Risikomanagement verwiesen. In Wahrheit habe das Risikomanagement jedoch versagt.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU), der auch dem Aufsichtsrat der WestLB angehört, nahm Fischer gegen derartige Vorwürfe in Schutz. Hinweise, dass „Organisationsversagen“ oder „mangelhaftes Risikomanagement“ für die Spekulationsverluste der WestLB verantwort-

lich seien, lägen ihm zum jetzigen Zeitpunkt nicht vor. „Es ist zu früh, über Verantwortlichkeiten zu reden“, so Linssen. Er wollte jedoch nicht ausschließen, dass die Risikostrategie der WestLB als Konsequenz aus der Affäre überarbeitet werden muss.

Anfang April hatte die WestLB bei der Düsseldorf Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen zwei ihrer mittlerweile entlassenen Aktienhändler sowie gegen unbekannte Dritte wegen möglicher Verstöße gegen das Wertpapierhandelsgesetz und wegen Verdachts auf Marktmanipulation gestellt. Die beiden Händler sollen durch Fehlspekulationen unter anderem mit Aktien von Volkswagen einen erheblichen Schaden – die Rede ist von angeblich rund 100 Millionen Euro – angerichtet haben. Das Land Nordrhein-Westfalen hält rund 38 Prozent der WestLB-Anteile. ax

Absage

Auf Betreiben der SPD-Fraktion hatte die Ausschussvorsitzende Anke Brunn erneut den WestLB-Chef Fischer sowie den Aufsichtsratschef Dr. Rolf Gerlach zu einer Sondersitzung des Ausschusses am 27. April eingeladen. Bereits drei Tage vor dem Termin teilte ein Bank-Sprecher der Vor-

sitzenden schriftlich mit, dass weder Fischer noch Gerlach an der Sitzung teilnehmen werden. Grund hierfür seien die weiterhin laufenden Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und BaFin. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Die WestLB ist weder Täter noch verschweigt sie etwas. Sie ist Opfer und klärt auf.“



Foto: Schälte

Gesetzgeber ist gefordert

Neupositionierung des Bürgerfunks zwischen Störfaktor und Bereicherung

Die Koalitionsfraktionen CDU und FDP haben sich vorgenommen, das Landesmediengesetz zu ändern, um, wie es in der Begründung heißt, „den gesellschaftlichen Anforderungen Rechnung zu tragen“. Dabei soll für den Bereich des Bürgerfunks im lokalen Hörfunk ein neues Konzept entwickelt werden. Über den vorliegenden Gesetzentwurf der beiden Fraktionen (Drs. 14/3447) fand im Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) eine Anhörung statt. Es folgen Auszüge aus der über vierstündigen Veranstaltung.

Der Bürgerfunk NRW ist ein Unikat“, stellte zu Beginn des Hearings der Direktor der nordrhein-westfälischen Landesanstalt für Medien, Professor Dr. Norbert Schneider, fest. Der Gesetzgeber habe gewollt, dass die Landesmedienanstalt von Anfang an einen wesentlichen Teil der Finanzierung dieses Systems übernommen habe ohne die entsprechende Gestaltungsmöglichkeit. Es sei zwar Sache des Gesetzgebers, die Idee des Bürgerfunks auf neue Verhältnisse anzupassen und die Vorstellungen dazu zu entwickeln, aber „wir haben ein großes Interesse daran, bei der Umsetzung dieser Vorstellungen mehr als bisher gestaltend mitwirken“.

Weil der Bürgerfunk ein „aktiver Bestandteil des nordrhein-westfälischen Lokalfunks ist“, begrüßte Dieter Meurer vom Verband Lokaler Rundfunk in NRW alle im Entwurf angedachten Maßnahmen, „die eine Steigerung der Qualität des Bürgerfunks zum Ziel haben“. Hierzu gehörten die Festlegung auf eine Sendedauer von einer Stunde täglich und der Wegfall der Förderung nach Sendeminuten. Meurer warnte vor „Überregulierungen und zu engen Festlegungen“.

Für eine Reform des Bürgerfunks sprach sich Dr. Udo Becker, Geschäftsführer des Zeitungsverlegerverbands NRW, aus. „Im Lokalfunk brauchen wir Professionalität“, stellte er fest und urteilte, „der Bürgerfunk passt nicht in

dieses Konzept. Die Qualitätsdefizite liegen auf der Hand“. Darum sei der Bürgerfunk „neu zu justieren“, und zwar weg von feststellbaren „individualistischen Tendenzen und partikularen Interessen“. Sein Verband empfinde den Bürgerfunk „seit jeher als Fremdkörper in unserem Programm und mit dem Wesenskern eines privat verfassten Rundfunks nicht vereinbar“. Der Gesetzentwurf sei zu begrüßen.

ZWEI SÄULEN

Es sei ihr klar, dass sich die Vertreter der einen Säule des NRW-Lokalfunks, die kommerziellen Anbieter, darüber ärgerten, dass die andere, nichtkommerzielle Säule ihrem Zugriff entzogen sei. Das betonte Dr. Bettina Lenzian, Vorstandsvorsitzende des Landesverbands Bürgerfunk NRW. Wenn der Gesetzentwurf Wirklichkeit werde, dann tue das dem Bürgerfunk nicht gut: „Wir glauben, es wird keinen guten Bürgerfunk mehr geben und dass die Radiowerkstätten nicht überleben werden.“

Als „deutlich überzogen“ bewertete Professor Dr. Bernd Blöbaum vom Institut für Kommunikationswissenschaften der Universität Münster die zum Bürgerfunk vorgesehene Maßnahmen. Der Wissenschaftler: „Die Ausstrahlung des Bürgerfunks an Qualitätsstandards zu knüpfen ist aus meiner Sicht eine

richtige Maßnahme. Ihn hauptsächlich in die Hand von Schülern zu geben ist falsch. Darauf sind die Schulen nicht vorbereitet“. Besser sei es, keine Vorgaben zu machen, „sondern eine offene Gestaltung zuzulassen und möglichst viele Gruppen einzubeziehen“.

Den Standpunkt auch der evangelischen Landeskirchen trug der Sprecher des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, vor. Zur Sendezeit meinte er: „Ein Bürgerfunk, der nach 21 Uhr ausgestrahlt wird, ist tot. Wer das will, soll es ehrlich sagen.“ Angesichts der unterschiedlichen Qualität der Bürgerfunkbeiträge sei die Gesetzesvorschrift zu begrüßen, die die geeignete Qualifizierung der Mitglieder von Bürgerfunkgruppen voraussetze. Medienkompetenz sollten nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern alle Jugendlichen durch ihre Mitarbeit am Medium erwerben können.

Aus anderer Warte sah Andreas Heine vom Verein der Chefredakteure den Bürgerfunk in seiner jetzigen Form. Er wertete ihn als „Störfaktor“ im Programm und als „Abschaltfaktor“ für die Zuhörer. Vor allem Sendungen in nicht-deutscher Sprache führten zum Griff auf den Ausschaltknopf. Darum sei der Gesetzentwurf zu begrüßen: Er führe zu mehr Qualität, vermittele Jugendlichen Medienkompetenz und lasse den Bürgerfunk durch Verschiebung und Begrenzung der Sendezeit „sich weniger negativ auf das Lokalradio auswirken“.

JK

Ein bunter Kreis von Kritikern und Befürwortern, von Herstellern, Anwendern und Konsumenten war im Landtag zusammengelassen. Erst gab es den „Tag der Radiofrequenzidentifikation-Technologie“ mit Ausstellung und Workshop, dann eine mehrstündige Anhörung von Hauptausschuss (Vorsitz von Werner Jostmeier, CDU) und Innenausschuss (Vorsitz Winfried Schittges, CDU).

RFID Radio Frequency Identification – bedeutet übersetzt: Identifizierung über Radiowellen. Das Internetlexikon Wikipedia fährt fort: „RFID ist ein Verfahren zur automatischen Identifizierung von Gegenständen und Lebewesen. Neben der kontaktlosen Identifizierung und Lokalisierung von Gegenständen steht RFID auch für die automatische Erfassung und Speicherung von Daten“.

Nicht nur bei Datenschützern schrillen da die Alarmglocken. Es sei keine „Phantasterei“, dass die globale Identifizierung von Personen möglich ist: Technisch kein Problem, aber wegen des Rechts der Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung verboten. Das sei, fand NRW-Datenschützerin Bettina Sokol, beim Einsatz von Transponder und Lesegerät zu respektieren. Weitere Forderungen: Transparenz durch Information der Verbraucher und für die Betroffenen die Möglichkeit, RFID-Chips zu deaktivieren, blockieren, löschen oder zu entfernen.

MARKTFÜHRER

Markus Ullmann vom Bundesamt für Sicherheit in der Kommunikationstechnik (BSI) forderte Richtlinien, die die Datenschutz-Interessen der Konsumenten und die Sicherheitsinteressen der Betreiber gleichermaßen berücksichtigen. Die würden derzeit vom BSI mit Partnern aus Industrie und Forschung entwickelt und im Herbst vorgestellt.

In der neuen Technologie habe sich Deutschland („NRW ist dabei europaweit und global ein hervorragender Standort“) eine Vorreiterrolle erarbeitet. Die dürfe nicht verspielt werden, fand Professor Dr. Michael ten Hompel vom Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik in Dortmund. „Wir haben die Chance, dass deutsche Unternehmen bei dieser innovativen Technologie globale Marktführer werden“, sagte er und warnte vor dem Risiko, „die Chancen, die sich durch RFID für uns alle ergeben, nicht zu nutzen und die Technik nicht entsprechend voranzutreiben“. Er bot den Dialog darüber an.

Eine Milliarde RFID Etiketten seien im ver-

gangenen Jahr verbraucht worden, teilte Holger Schönherr vom RFID Komplettanbieter Siemens AG mit. Für ihn spielte der Datenschutz eine untergeordnete Rolle, weil es sich beim RFID Einsatz um geschlossene industrielle Kreisläufe handle. Von der Produktion breite sich die neue Technik immer stärker in die angrenzende Logistik aus. Im letzten Jahr sei der Warenverkehr viermal stärker gestiegen als die weltweite Produktion.

Container, Paletten, Kartons und Waren werden bei der Metro AG, einem Anwender der ersten Stunde, mit RFID gekennzeichnet. Damit würden, stellte Dr. Gerd Wolfram fest, die Arbeitsabläufe effizienter und die Produktinformationen leichter auslesbar. Auf den Chips fänden sich keine persönlichen Daten. Der Einsatz von RFID im Unternehmen sei gekennzeichnet. Jeder Transponder könne nach dem Bezahlen der Ware deaktiviert werden. Weil nur Produkt- und Prozess-, aber keine Personendaten gespei-

chert würden, sei die Datenschutzdiskussion hier „unnötig“.

Das sah der Sprecher der Verbraucherschützer, Patrick von Braunmühl, anders: Zwar stehe man der neuen Technologie nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, man müsse aber die Risiken sehen. Was die Personen bezogenen Daten angehe, reichten die aktuellen Datenschutzgesetze nicht aus.

Die im Lauf der Anhörung erwähnte Selbstverpflichtung der Hersteller und Anwender nannte Rena Tangens von der Bielefelder Organisation FoeBuD „das Papier nicht wert, auf dem sie steht“. Denn sie sehe keine Kontrollen und Sanktionen vor. RFID sollte ohne gesellschaftlichen Diskurs nicht eingeführt werden. Für die Demokratieverträglichkeit der Technik sei Sorge zu tragen. Ihre Nutzung sei in einem Gesetz zu regeln. Diese Demokratie verträgliche Nutzung sei erreichbar und dann „für Deutschland ein Exportschlager“, wie sie meinte. JK



Etikett, Lesegerät und Button der RFID-Gegner – der Tag der RFID Technologie im Landtag zeigte alles und bot Anlass zu Information, Gesprächen und Reflexion. Fotos: Schälte

Ein kleines Etikett polarisiert

Im Landtag wird die RFID-Technologie vorgestellt und hinterfragt

Fortschritt oder Teufelswerk, Schnüffelchip oder smart label – die neue RFID-Technik polarisiert. Dabei will sie „nur“ helfen, globale Warenströme reibungslos zu lenken oder Produktionsprozesse rationell zu organisieren, sagen die Sprecher aus den Reihen der Hersteller und Anwender. Datenschützer und Verbraucherschützer sehen Gefahren für die informationelle Selbstbestimmung von Kunden und Verbrauchern.

Abflug-Vielfalt in der Diskussion

Ausschuss hört Experten zum Flughafenbau

Orte zum Abheben gibt es in Nordrhein-Westfalen viele. Von drei internationalen, sechs regionalen und neun Schwerpunktflughäfen starten Urlauber und Geschäftsreisende in die Welt. Doch die staatlich subventionierte Vielfalt sei kein Grund für Höhenflüge, meinen die Grünen. Mit einem Antrag zur „Kleinstaaterei beim Flughafenbau“ (Drs. 14/1029) wollen sie auf dem Boden wirtschaftlicher Tatsachen bleiben. Die unkoordinierte Förderung bedeute eine Verschwendung öffentlicher Mittel und die „Kannibalisierung“ von Standorten. Die Grünen fordern darum, die Anzahl der Flughäfen durch ein neues Luftverkehrskonzept auf vier zu begrenzen. Der Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Rökens, SPD) befragte dazu Experten in einer öffentlichen Anhörung.

Über den Nutzen kleinerer Flughäfen gingen die Meinungen weit auseinander: Eric Heymann (Deutsche Bank AG) sprach sich gegen einen Ausbau regionaler Landebahnen aus. „Solche Projekte sind nicht notwendig, da es schon genügend Flughäfen gibt“, betonte der Analyst. Er hielt die positiven Auswirkungen auf die Wirtschaftslage vor Ort für überschätzt. Deutlich kritischer äußerte sich Carsten Wirths (Deutsche Lufthansa AG) zur Situation. Es mangle an einer koordinierten Luftverkehrspolitik, die ohne Subventionen auskomme. Hier sei das Land gefragt, einen „Wildwuchs von Flughafenaktivitäten“ zu verhindern. „Nordrhein-Westfalen ist überversorgt“, urteilte der Fachmann.

ABFLUG-VIELFALT

Das sah Professor Richard Klophaus (Zentrum für Recht und Wirtschaft des Luftverkehrs) anders. Für die Wirtschaft an den Standorten seien die Landeplätze enorm wichtig. „Es gibt sogar Flughäfen, die ihre Existenzberechtigung aufgrund eines einzigen Nutzers haben“, erklärte Klophaus. Wie wichtig die Abflug-Vielfalt für die Wirtschaftskraft sei, fasste Werner Kühlkamp (Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.) zusammen: „Wenn wir uns die Frage stellen, uns auf weniger Flugplätze zu konzentrieren, müssen unsere Geschäftsleute weitere Wege und höhere Kosten in Kauf nehmen.“



Dr. Heike Link (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) plädierte vor diesem Hintergrund dafür, die Subventionen einer umfassenden Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen und dabei auch nicht-finanzielle Auswirkungen zu berücksichtigen. Auf regulierende Funktionen möchte indes Professor Karl-Hans Hartwig (Institut für Verkehrswissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster) die staatlichen Aktivitäten beschränkt sehen. Beim Neu- und Ausbau von Landebahnen sei öffentlicher Handlungsbedarf nicht zu erkennen. „Das können Private ebenso gut oder vielleicht sogar besser“, gab Hartwig zu bedenken. Besonders die Mischsubventionierung aus verschiedenen Töpfen sei Ursache für unausgelastete Flughäfen. Mit Zahlen einer aktuellen Studie versorgte sodann Dr. Robert Malina (ebenfalls vom Institut für Verkehrswissenschaften) die Ausschussmitglieder. Da die Nachfrage nach Flugreisen bis zum Jahr 2020 um etwa 82 Prozent ansteigen werde, seien die Kapazitätsreserven der

Flughäfen für die Zukunft besonders relevant. Stefan Schreiber, Geschäftsführer des Verkehrsverbands Westfalen, will Landespolitik daher nicht aus der Verantwortung entlassen, für ein möglichst großes Flughafenangebot zu sorgen. „Ziel muss es sein, die nötigen Spielräume für die Betreiber sicherzustellen“, sagte er.

Gegen eine Konzentration auf vier Standorte argumentierte Luftfahrtexperte Professor Werner Toepel: „Aus meiner Sicht wäre es absolut verfehlt, die Flugplatzpolitik einer Region an der Zahl der Flugplätze zu messen.“ Von Bedeutung sei vielmehr die Anzahl aller Flugbewegungen zu Spitzenzeiten. In dieser Hinsicht liege Nordrhein-Westfalen mit 225 Flugbewegungen ungefähr gleichauf mit Bayern und dem Großraum Frankfurt. Die bessere Nutzung kleinerer Flughäfen sei erforderlich, da sich Bemühungen um einen Ausbau von Großflughäfen als zu kostspielig erwiesen hätten. Das bestätigte Joachim Hans Beckers von der Europäischen Vereinigung gegen die schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs am Beispiel des Flughafens Düsseldorf: „Ein Ausbau würde so teuer, dass jede Nutzung sonstiger Kapazitäten viel vernünftiger wäre.“ Die weitere Subventionierung insbesondere der regionalen Flughäfen hielt Reiner Eismann (Arbeitskreis Flughäfen NRW) somit für notwendig. „Dies sind Mittel der Wirtschaftsförderung und deshalb sinnvoll eingesetzt.“

SW



Konzept steht auf der Kippe

Experten uneins über Königsweg bei Förderung ausländischer Studierender

Die sieben NRW-Studienkollegs stehen in der Kritik. Die Einrichtungen, an denen ausländische Studienbewerber ohne einen hierzulande anerkannten Abschluss sich auf die so genannte „Feststellungsprüfung“ vorbereiten können, sind ins Visier des Landesrechnungshofs (LRH) geraten. Der bemängelte kürzlich, dass von jährlich 800 Absolventen nur 400 an heimischen Hochschulen landeten. Außerdem stellte der LRH die seit 1996 stagnierende Zahl der Studienkollegplätze (2.000) in Relation zur rasant gestiegenen Zahl ausländischer Studienanfänger insgesamt – von 22.800 in 1997 auf 40.100 in 2003. „NRW braucht Studienkollegs“ (Drs. 14/3035) lautete die Antwort der SPD-Fraktion. Dieser Antrag war Grundlage für eine Expertenanhörung im Innovationsausschuss (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE).

Ein ergebnisoffener Prozess“, sagte Dr. Michael Brinkmeier (CDU) und betonte, dass es bisher keinerlei Festlegungen gebe. Für die FDP suchte Christian Lindner aber auch nach möglichen Alternativen: „Was kann eine enge Studienbegleitung in Verbindung mit propädeutischen Phasen leisten? Es gehe darum, sicherzustellen, „dass mehr Menschen von dem Angebot profitieren können“, so Dr. Ruth Seidl (GRÜNE). Ihre Vorstellung: Die Studienkollegs weiterentwickeln, nicht einfach einsparen. „Das Bessere ist des Guten Feind“, meinte Karl Schultheis (SPD) und konnte sich Veränderungen innerhalb des „gut funktionierenden Systems“ vorstellen.

„Kritik ist sicher notwendig“, so Johannes Glembeck für den Bundesverband ausländischer Studierender. Sein Plädoyer lautete Dezentralisierung. In welchem Modell das dann künftig geschehe, sei zweitrangig. Klare Kante zur Umsetzung, also zum künftigen Modell, gab es seitens der Universitäten: „Ja zur Reform, Studienkollegs abschaffen“, brachte es Professor Dr. Volker Ronge als Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten auf den Punkt. „Bei uns stehen 250 Kollegplätzen mehr als 4.000 Bildungsausländer gegenüber“, sagte Professor Barbara Dauner-Lieb und führte die Universität Köln als

Beispiel an. Ihr Alternativkonzept: Deutschkurse, Partnerschaftsprogramme, Alltagshilfen und Einführungen in die deutsche Wissenschaftskultur. Ein Konzept, dem auch Dr. Heide Naderer von der RWTH Aachen eine Menge abgewinnen konnte. In Aachen habe man gerade ein Programm entwickelt „Fit fürs Studium“. Denkbar für sie aber auch: Die Studienvorbereitung im Herkunftsland. Erste Ansätze gebe es hier bereits in der Zusammenarbeit mit China.

KOSTENBEITRAG

„Natürlich brauchen wir Reformen“, gestand Lothar Jansen als Sprecher der Studienkollegs an Universitäten zu. Zum Beispiel bei den Zugangsregelungen. „Aber wenn wir Entwicklungsmöglichkeiten wollen, brauchen wir Kollegs“, so seine These. Eine flächendeckende Studienvorbereitung hält er für schlicht nicht finanzierbar, die Betreuung erst im Studium angesichts der inhaltlichen Dichte des Systems Bachelor für illusorisch. Jansens Rat: Wenigstens die gleichzeitig stattfindenden Beratungen der Kultusministerkonferenz abwarten. „Was nicht stimmt, ist das System, nicht die Kollegs“, ergänzte Oberstudienrat Harald Klingel seitens

der Studienkollegs an Fachhochschulen. Er kritisierte unter anderem das doppelte Bewerbungsverfahren – erst am Kolleg und dann an der Hochschule. „Das machen alle anderen Länder anders.“ Verständnis hatte er für das Problem der Finanzierung. Aber gleich auch eine Lösung parat: „Wenn das Regelstudium kostet, warum ist denn dann die Studienvorbereitung kostenfrei?“

Ein Vorschlag, mit dem der Pädagoge bei Janosch Stratmann vom Landes-Asten-Treffen auf heftigen Widerspruch stieß. Der hatte in Bielefeld mit einem kostenpflichtigen Zusatzangebot seine ganz eigenen Erfahrungen gemacht und warnte vor einer „Zweiklassengesellschaft“. Der Wunsch der Studierendenvertreter: Warum nicht ein Eingangs- und Orientierungsjahr für In- und Ausländer?

Und der Landesrechnungshof? Schließlich hatte der das Ganze ja ins Rollen gebracht. „Natürlich konnten wir als Finanzkontrollbehörde nicht alle inhaltlichen Aspekte prüfen“, so LRH-Direktor Gerhard Vogt. Aus seiner Sympathie für die Modelle der Universitäten machte er aber auch keinen Hehl. Also: eine Menge Diskussionsstoff für die Landtagsabgeordneten. *vk*

An der Spitze...

... des Unterausschusses „Landesbetriebe und Sondervermögen“ steht als Vorsitzender Manfred Luckey (CDU, r.). Sein Stellvertreter ist Markus Töns (SPD, l.). Beide Abgeordneten wurden in der konstituierenden Sitzung dieses Unterausschusses des Haushalts- und Finanzausschusses gewählt.

Foto: Schälte



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 21. Mai 2007 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

NRW braucht keine neuen Gesamtschulen – zumindest nicht generell. Mit den Stimmen der Koalition lehnte der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) jetzt einen entsprechenden Antrag der Grünen (Drs. 14/4022) ab. Prinzipiell, so die Argumentation, gebe es in NRW Schulplätze für alle. Auf Dauer seien teure Doppelstrukturen wenig sinnvoll. Wartelisten an einigen Gesamtschulen stünden – wie in allen anderen Schulformen auch – Schulen mit freien Kapazitäten gegenüber. SPD und Grüne warfen der Koalition hingegen vor, mit unterschiedlichen Maßstäben zu messen: So zeige man sich beim Thema mehr Kapazitäten an privaten Schulen „wesentlich offensiver“. Zumindest, so eine Forderung, solle die Landesregierung den Ganztagszuschlag wieder einführen. Schließlich gebe es den ja auch für die Hauptschule.

+++

Um einen weiteren Anstieg der Staatsverschuldung zu verhindern und den Abbau der bisherigen Verschuldung voranzutreiben, sprechen sich CDU und FDP dafür aus, den kreditverfassungsrechtlichen Ausnahmetatbestand der „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ aus dem Grundgesetz zu streichen. In einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 14/2578) fordern sie die Landesregierung dazu auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten. Dieser Vorschlag wird am 10. Mai im Rahmen einer Sachverständigenanhörung im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD) erörtert. Die öffentliche Sitzung beginnt um 11 Uhr im SPD-Fraktionssaal.

+++

Die Zukunft des Kleingartenwesens in NRW beschäftigte den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU).

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) berichtete den Parlamentariern über die Fortschritte einer gleichnamigen wissenschaftlichen Studie. Innerhalb eines Jahres soll eine Bestandsaufnahme und Bewertung der Situation in den landesweit nahezu 12.000 Kleingärten erfolgen. Angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen sei dies notwendig, um eine verlässliche Grundlage für politische Entscheidungen zur

konnten, gibt es hier noch offene Arbeitsstellen für Schlosser und CNC-Fräser. 60 Leiharbeiter sorgen im Augenblick dafür, dass die Produktion auftragsgerecht abgewickelt werden kann. Sofern sie sich bewähren, werden sie übernommen. Gehrke richtete den Appell an die PGB-Mitglieder, in ihren Wahlkreisen Facharbeiter auf die Beschäftigungsmöglichkeiten beim Weichenwerk Witten hinzuweisen.

Illustration: Peter Flock

+++



Nach der Föderalismusreform fürchtet die GRÜNE-Fraktion um die Aufrechterhaltung der Qualität von Kinder- und Jugendhilfe auf kommunaler und Länderebene. Um Qualitätsverluste zu verhindern, haben die Grünen einen Antrag eingebracht (Drs. 14/3176), in dem sie den Landtag unter anderem zu der Erklärung auffordern, dass für Kinder und Jugendliche in NRW das Kinder- und Jugendhilfegesetz unverändert Gültigkeit haben soll. Unter Hinzuziehung von Sachverständigen wird dieser Antrag am 10. Mai im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) diskutiert. Die Sitzung beginnt um 11 Uhr im Saal E 1 D 05.

+++

weiteren Entwicklung des Kleingartenwesens zu haben und neue Leitbilder zu entwickeln. Die Förderung der traditionsreichen Kleingartenkultur ist in der NRW-Landesverfassung verankert.

+++

Facharbeiter gesucht: Beim Weichenwerk Witten – Kompetenzzentrum der Deutschen Bahn AG für Weichen, Schwellen und Schienen – informierten sich jetzt die Mitglieder der **Parlamentarischen Gruppe Bahn** (PGB). Es ist, wie PGB-Vorsitzender Gerhard Lorth (CDU) betonte, ein wichtiges Unternehmen für die Region und das Bahnland Nr. 1 Nordrhein-Westfalen. Der Leiter des Weichenwerks Karl-Jörg Gehrke hatte zuvor deutlich gemacht, dass der Betrieb zurzeit auf hohem Niveau gefahren wird. Ziel sei es, angesichts der Auftragslage die Zahl der festen Mitarbeiter noch in diesem Jahr von 360 auf 412 zu steigern. Zudem würden jedes Jahr 15 Auszubildende eingestellt. Wie die Mitglieder der PGB erfreut feststellen

Über eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik in NRW informierte Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). SPD und GRÜNE sehen hierdurch „das Ende der Arbeitslosenzentren“ kurz bevorstehen. Die rund 75 Arbeitslosenzentren in NRW werden zurzeit mit 4,6 Millionen Euro vom Land gefördert und sollen in Zukunft keine Mittel mehr erhalten. Laumann begründete diesen Schritt der Regierung damit, dass infolge des erheblichen Rückgangs an EU-Mitteln neue Schwerpunkte in der Finanzierung gesetzt werden müssten. Die Arbeitsgemeinschaften der Kommunen und die Arbeitsagenturen würden die Arbeitslosen ausreichend betreuen. Die Opposition kritisierte vor allem, dass Laumann die Langzeitarbeitslosen „im Regen stehen lasse“ und die Tätigkeit der Arbeitslosenzentren nicht anerkenne. Laut CDU wäre eine weitere Finanzierung nur durch die Aufnahme von Krediten möglich. Ein Ergebnis der Debatte steht noch aus.

Ein Stück Neandertaler in uns allen?

Geschichte, Kultur und Wirtschaft im Bergischen

Beim achten Regionalabend stellten sich das Bergische Land und Düsseldorf vor. Es war der letzte Abend einer Reihe, die im Zusammenhang mit dem 60-jährigen Landesjubiläum die einzelnen Regionen des Landes mit ihren wirtschaftlichen Stärken, ihrer kulturellen Vielfalt und ihren kulinarischen Höhepunkten präsentierte. Auch diesmal knüpften Abgeordnete der Region über Parteigrenzen hinweg für diesen Abend im Landtag Verbindungen und stellten ein Programm auf die Beine, das Vorzüge und Leistungen herausstrich, aber auch Showelemente nicht vernachlässigte.

Last but not least – da fanden sich an diesem Abend im Spätmärz die Landeshauptstadt und die Drei-Städte-Region Remscheid-Solingen-Wuppertal mit ihrem Um- und Hinterland in einem Boot wieder. Am Ruder der rheinische „Bruder Leichtfuß“ und der bergische „Bollerkopp“, wie Landtagspräsidentin Regina van Dinther in ihrer Begrüßung launig sagte.

Konnte das gut gehen? Es konnte. Man fremdelt zwar immer noch ein bisschen, aber in einer globalisierten Welt, einem vereinten Europa und mit Metropolregionen wie dem Ruhrgebiet oder den Raum Köln/Bonn vor der Nase kann man für die eigene Zukunft nichts anderes tun, als sich zusammenzurufen. Die Richtung gab Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin vor: „Wir müssen ein starkes Land Nordrhein-Westfalen mit starken Regionen schaffen – aus eigener Kraft“.

Sein Amtskollege Franz Haug, Oberbürgermeister in Solingen und Vorsitzender der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land, pflichtete bei: Als Region könne man nur bestehen, „wenn wir zusammenarbeiten“. Thomas Hendele, Landrat des Kreises Mettmann, der irgendwie zwischen dem bergischen Städtedreieck, der Rheinschiene und dem Revier und damit mittendrin liegt, stellte die Konkurrenzsituation zwar nicht in Abrede, aber man müsse die Region gemeinsam stärken – „das ist ausbaufähig“, fügte er hinzu.

Die Menschen, die hier leben, haben kein Problem damit. Für die Düsseldorfer sei das Bergische eine Gegend mit hohem Freizeit- und Erholungswert, urteilte die Landtagspräsidentin. „Und umgekehrt flaniert der Bergische

gerne am Rhein und auf der Kö“. Dort ist man dann zu Gast in einer der wenigen deutschen Großstädte, die in Kürze den Status der Schuldenfreiheit erreicht. Der Düsseldorfer wiederum kann sich im Bergischen an ländlicher Idylle und an den Zeugnissen einer frühen Industrialisierung erfreuen und bilden. Er kann in die Geschichte eintauchen und die eigenen Wurzeln in Schloss Burg an der Wupper anschauen, dem frühen Sitz der Grafen von Berg, die später aus den Mühlen der Berge in den Komfort der Ebene nach Düsseldorf zogen.

Der Mensch aus Düsseldorf kann im Bergischen in seine Geschichte eintauchen und im neuen Museum im Neandertal die Erkenntnis in der aktuellen Ausstellung gewinnen, dass der ausgestorbene Neandertaler schon Sex hatte – aber, dieses Rätsel stellte der Direktor des Museums, Professor Gerd-Christian Weniger den Zuhörern an diesem Abend: „Wir wissen bisher nicht, ob der Neandertaler auch Sex hatte mit unseren Vorfahren“.

Wer für solch Tiefschürfendes keinen Sinn hat, der kann zuhause in Düsseldorf den starken Männern von Rhine Fire zuschauen, die sich nicht umsonst auf dem grünen Rasen abplacken müssen. Sie und die Zuschauer werden von jungen hübschen Mädchen bei Laune gehalten. Sechs davon, die Cheerleader von Rhine Fire, wirbelten über die Bühne. Schwerer hatten es da die rund 20 jungen Damen vom Remscheider Magic Team, die auf Rollschuhen in der Enge weniger Quadratmeter Landtagsparkett einen eifrig beklatschten Eindruck ihres Könnens ablieferten.

Überhaupt die Kultur im Bergischen: Starke Einblicke in seine Arbeit gab das Tanzhaus Düs-

Sechs Minuten, die es in sich hatten – die Joker Hip-Hop Dance Show von jungen Mitwirkenden des Tanzhauses Düsseldorf.



Denisa Richters (r.) von der Rheinischen Post interviewte den Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin.



Der Mettmanner Landrat Thomas Hendele und die Oberbürgermeister Beate Wilding (Remscheid), Franz Haug (Solingen) und Peter Jung (Wuppertal) besprachen mit Moderator Robert Maus (WZ) regionale Themen (v.r.n.l.).

seldorfer. Peter Weisheit und seine Band lockerte die Atmosphäre – so weit das überhaupt nötig war – mit flotten Dixie-Rhythmen auf. Mundartliches aus Wuppertal kam nicht zu kurz. Aus der langen Reihe der Sponsoren des Abends bat Moderator Peter Rueben den Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke Düsseldorf, Markus F. Schmidt, die Orthomol-Firmensprecherin Gesche Hugger aus Langenfeld und Karl-Ulrich Steinhaus auf die Bühne. Der Lebensmittelhersteller Steinhaus wurde im heimischen Remscheid und rasch darüber hinaus mit seiner Kottenwurst berühmt. Heute ist er der größte Pastahersteller in Deutschland. Heimatverbunden, dem Neuen aufgeschlossen und weltoffen – so wie die Bergischen alle nun einmal sind. JK

Mit Mundart, Dönekes und Liedern unterhielten die Gäste die beiden Wuppertaler Originale, „Husch-Husch“ (l.) und „Mina Knallenfalls“ (r.). Fotos: Schälte



CDU

Besuch der nordrhein-westfälischen Abgeordneten der EVP-Fraktion

Zu einem Gedankenaustausch über aktuelle europapolitische Themen ist die CDU-Landtagsfraktion mit den nordrhein-westfälischen EVP-Abgeordneten aus dem Europaparlament mit Elmar Brok an der Spitze zusammengekommen.

„Nordrhein-Westfalen hat als größte europäische Region ein herausgehobenes Interesse am erfolgreichen Verlauf der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und an einer bürger- und praxisnahen Europapolitik, die wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit miteinander

in Einklang bringt“, sagte Ilka von Boeselager (Foto), Europaexpertin der CDU-Fraktion. Sowohl die Landtags- als auch die Europaparlamentarier stimmten darin überein, dass die deutsche Ratspräsidentschaft mit den Themenschwerpunkten Bürokratieabbau, Wachstum und Arbeitsmarkt, Europäische Energiepolitik und Klimaschutz bereits wichtige Akzente gesetzt habe. Von Boeselager: „Darüber hinaus muss europäische Politik eine klare Orientierung



über Werte, Aufgaben und Grenzen der Europäischen Union geben. Wir brauchen neue kraftvolle Impulse für den europäischen Verfassungsvertragsprozess und eine kritische Überprüfung der Erweiterungspolitik. Sollte die Türkei in diesem Zusammenhang nicht in der Lage sein, alle Verpflichtungen aus den ergebnisoffenen EU-Beitrittsverhandlungen zu erfüllen, müssen die Verhandlungen in vollem Umfang ausgesetzt werden.“ ■

SPD

SPD: Blumen und Brötchen an allen Sonntagen

Die SPD-Landtagsfraktion hat eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, um zur früheren Regelung des Ladenschlussgesetzes zurückzukehren. Bäckereien und Blumengeschäfte sollen wieder an Pfingst- und Ostersonntag sowie am 1. Weihnachtstag Brötchen und Schnittblumen verkaufen können. Das mit der heißen Nadel gestrickte Ladenöffnungsgesetz der schwarzgelben Landesregierung verbietet aktuell den Bäckereien und Blumengeschäften an diesen

Tagen zu öffnen. Wenn es bei diesem Beschluss der CDU/FDP-Koalition bleibt, gibt es nächstes Jahr zum Muttertag keine Blumen zu kaufen, da der Muttertag 2008 auf den Pfingstsonntag fällt. Mit dem SPD-Vorschlag können die Läden an allen Sonntagen sowie am 1. Weihnachtstag für fünf Stunden geöffnet werden.

Das Gesetz soll schon zu den Pfingstfeiertagen geändert werden, da bereits zu Ostern einzelne Blumengeschäfte Umsatzrückgänge um bis zu 50 Prozent zu beklagen hatten. So

standen am Ostersonntag viele Kundinnen und Kunden vor verschlossenen Türen.

Die Gesetzesänderung ändert natürlich nichts an der grundsätzlichen Kritik der SPD an dem Ladenöffnungsgesetz. Die Erfahrungen zeigen ganz klar: Leidtragende sind nur die 400.000 Beschäftigten im Einzelhandel. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen gar nicht rund um die Uhr einkaufen. Viele Geschäfte setzen die neuen Regelungen gar nicht um oder sind längst zu alten Öffnungszeiten zurückgekehrt. ■

GRÜNE

Grüne Fraktion vor Ort im Revier

Zum dritten Mal in diesem Jahr tagte die grüne Fraktion nicht im Landtag, sondern vor Ort in NRW. Die Reihe „Fraktion vor Ort“ führte die Abgeordneten um Sylvia Löhrmann diesmal ins Ruhrgebiet. Dort wird der demographische Wandel früher spürbar als in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens.

Ein Grund für die grüne Landtagsfraktion, sich vor Ort über neue Ideen, Konzepte und erfolgreiche Wagnisse zu informieren. In Dortmund informierte sich die Fraktion über

die Chancen der Mikro- und Nanotechnologie. Die Potenziale für Arbeitsplätze, nachhaltige Innovation und Standortstärke erfuhren sie am Beispiel der MST.factory dortmund.

Im nördlichen Ruhrgebiet verlassen schon heute junge Menschen vermehrt die Städte, Ältere bleiben. Längst sind Menschen mit Migrationshintergrund in der Nachbarschaft eine Selbstverständlichkeit. In Essen-Katernberg informierte sich die Fraktion deshalb über erfolgreiche Integrationskonzepte und über Ansätze neuer Wohnformen für ältere Menschen und

Migrantinnen und Migranten. Wichtig ist dabei vor allem die Frage, wie solche Konzepte auf andere Städte und Regionen in NRW übertragen werden können.

In Gelsenkirchen schließlich, ausgerechnet in der Stadt, die viele als Beispiel für einen gescheiterten Strukturwandel anführen, fanden die Grünen viel Anlass zum Lob. Auf der ehemaligen Zeche Consolidation ist nämlich heute mit dem Consoltheater ein Zentrum für Kunst und Kreatives, für junges Theater und innovative Kultur angesiedelt. ■

FDP

Beste Bildung für alle – unter diesem Motto hat die schwarz-gelbe Koalition gleich nach der Regierungsübernahme begonnen, die Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen umzusteuern. Das neue Schulgesetz ist bereits in Kraft getreten. Das Ziel der Koalition aus FDP und CDU ist klar formuliert: In Nordrhein-Westfalen soll jedes Kind bestmögliche Bildungschancen erhalten. FDP-Bildungsexpertin, Ingrid Pieper-von



Heiden (Bild) ist davon überzeugt: „Eine gute Lehrerbildung ist eine wichtige Voraussetzung, um unser Ziel, dauerhaft alle Schüler individuell zu fördern, erfolgreich umsetzen zu können.“ Deshalb sollte aus Sicht der FDP-Bildungsexpertin bereits im Bachelor-Studium künftiger Lehrer die Verknüpfung der Fachwissenschaften mit umfassenden Elementen der Didaktik, Pädagogik, Psychologie und Methoden der Schülermotivation erfolgen. Weitere

Bausteine einer modernisierten Lehrerbildung sind der Erwerb fundierter Diagnose- und Beratungskompetenzen sowie bereits ab den ersten Studiensemestern hochwertige Praxisanteile. Um eine nachhaltige Qualitätsverbesserung des Unterrichts zu gewährleisten sollte die Landesregierung eine Richtschnur für angehende Lehrer erarbeiten. Darin soll festgelegt werden, welche Seminare für einen erfolgreichen Zugang zum Schuldienst verpflichtend belegt werden müssen. „So können wir einen Schlussstrich unter die bisherige Belieblichkeit bei der Lehrerbildung ziehen.“ ■

Porträt: Heinrich Kemper (CDU)



Heinrich Kemper kann es kaum noch abwarten. In einigen Wochen, so hofft er, wird er endlich seiner Lieblingsbeschäftigung nachgehen können: Hoch oben in der klimatisierten Führerkabine des Mähdeschers auf den Feldern des Kemperhofs die Bahnen ziehen, unterhalten von guter Musik und erfrischt von kühlen Getränken. Für Bauernromantik, die davon schwärmt, mit Sensen ins Heu und ins Getreide zu ziehen und die Garben auf den Ochsenkarren zur Scheune zu fahren, bleibt da kein Platz. In diesem Jahr ist er besonders ungeduldig. Denn seit einem Skiunfall Mitte Februar, der ihm einen mehrfachen Knöchelbruch, einen Wadenbeinbruch, einen Bänderriss und eine Gelenkluxation eintrug, die mit 14 Nägeln, Schrauben, Platten und Drähten geflickt werden mussten, quält der 58-Jährige sich an zwei Krücken über den Hof und durch den Düsseldorfer Landtag und sehnt den Tag herbei, an dem er sich endlich wieder frei bewegen kann.

Kemper ist ein moderner Landwirt und das heißt, dass er sich auf dem neuesten Stand des Wissens hält und sich gleichzeitig dafür einsetzt, dass es ihm seine Berufskollegen möglichst gleich tun. Die Halbwertzeit für landwirtschaftliches Wissen betrage nur noch achteinhalb Jahre, sagt der hochgewachsene Hofbesitzer aus Lage. Wer da nicht auf dem Laufenden bleibt, wird wirtschaftlich abgehängt.

Kemper, der den seit 600 Jahren im Familienbesitz stehenden Hof mittlerweile als „Sofa“-Bauer betreibt (Sofa heißt hier: selbständig ohne fremde Arbeitskräfte) hat für sich und seinen Betrieb daraus die Konsequenzen gezogen. Zur Zeit gehen 18 bis 20 Prozent der Ernte in die Energieproduktion. In den nächsten Jahren will er diesen Anteil auf 35 bis 38 Prozent steigern. Angebaut werden Weizen, Roggen und Triticale, eine Neuzüchtung aus Roggen und Weizen, die für die mageren Böden des Lipperlands gut geeignet

ist. In den Zeiten wachsender Gefahren durch die weltweiten Veränderungen des Klimas sieht Kemper für die nachwachsenden Rohstoffe neben den ökologischen Vorteilen auch wirtschaftliche Perspektiven. 2,5 Kilogramm Getreide entsprechen im Brennwert etwa einem Liter Heizöl. Der Preisunterschied betrage 38 zu 50 Cent.

Wenn Kemper in Fahrt kommt und über die Zukunftsperspektiven der Landwirtschaft diskutiert, mag man gar nicht glauben, dass es ihn ursprünglich gar nicht auf Scholle und Acker drängte. Nach dem Abitur studierte er zunächst Sport und Chemie und wollte Lehrer werden, bevor er sich dann doch in die Familientradition stellte. Jetzt scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Sein ältester, mittlerweile 29-jähriger Sohn ist Jurist, hat sich aber doch entschlossen, den Kemperhof, der früher beim Kloster Marienfeld abgabepflichtig war, irgendwann zu übernehmen. Vater Kemper hat dann sein Ziel erreicht: Den Hof so zu entwickeln, dass er für die nächste Generation interessant ist.

Zur Politik und zum Eintritt in die CDU 1999 kam der gelernte Lehrer, Landwirt und Agrarlobbyist eher durch Zufall. Als Interessenvertreter seines Berufsstands wollte er parteipolitisch unabhängig bleiben. Doch als ihm der Kreisvorsitzende der CDU in Lippe, der zeitweilige Bundestagsabgeordnete Cajus Caesar, und der heutige NRW-Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg bedrängten, ließ er sich schließlich breit schlagen. Die beiden waren es auch, die ihn 2004 überredeten, für den Landtag zu kandidieren. Für Kemper war das eine echte Herausforderung: Sollte er als 55-Jähriger noch einmal einen Neustart wagen und versuchen, sein Wissen und seine Erfahrungen als landwirtschaftlicher Interessenvertreter in die Politik einzubringen?

Nach langen Gesprächen im Familienkreis und nach der Zusicherung, er würde im Falle seiner Wahl die eine oder andere Funktion im beruflichen Bereich aufgeben, gaben Frau und die drei Kinder schließlich grünes Licht. Sonderlich Erfolg versprechend schien die Kandidatur ohnehin nicht, denn im Wahlkreis mit Bad Salzuflen, Lage und Leopoldshöhe wurde traditionell sozialdemokratisch gewählt und seine Gegenkandidatin war die populäre Schulministerin Ute Schäfer. Doch am 22. Mai 2005 lag Kemper mit 2,1 Prozentpunkten Vorsprung vorn. Sein hoher Bekanntheitsgrad als Vorsitzender des Kreisverbands der Bauern haben am Ende den Ausschlag gegeben.

Neben der Agrar- und Umweltpolitik engagiert sich Kemper in der Medienpolitik. Seit Jahren sitzt er im Rundfunkrat des WDR, zunächst vom Bauernverband entsandt als so genannter „Grauer“, seit seiner Wahl in den Landtag als Vertreter der CDU und seit kurzem auch als Sprecher der „Schwarzen“. **Autor: Peter Jansen**

Junge Menschen besser informieren

Dialog der Politik mit der Jugend – unter diesem Motto stand die zweite Fachtagung, zu der im Düsseldorfer Landtag die für Jugendinformationsangebote zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsverwaltungen der Länder, des Bundestages und des Bundesrates zusammentrafen.

Es ging dabei um die Vermittlung von Politik an junge Menschen. Deswegen wurden einzelne Projekte vorgestellt und diskutiert. Hilfestellung bei der kritischen Überprüfung leisteten die Vorträge von Wissenschaftlern wie Dr. Imbke Behnken (Universität Siegen), Professor Frank Liedtke (Düsseldorf), Professor Michael Becker-Mrotzek (Köln) und Dr. Hajo Diekmannshenke (Koblenz-Landau).

An der zweitägigen Veranstaltung nahmen vom Landtag Nordrhein-Westfalen Landtagspräsidentin Regina van Dinter und Landtagsvizepräsident Edgar Moron teil. Auch die Sprecher im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration des Landtags, Wolfgang Jörg (SPD), Andrea Asch (GRÜNE) sowie Christian Lindner (FDP), diskutierten mit.

Im Juni dieses Jahres wird sich die Konferenz der Präsidenten der deutschen Landtage, der Landtage Österreichs und Südtirols bei ihrer Versammlung in Düsseldorf ebenfalls mit dem Schwerpunktthema „Jugend und Politik“ befassen. Ziel aller Initiativen ist es, das Informationsangebot der Parlamente für junge Menschen weiter zu verbessern.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln - www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 5. Mai bis 24. Mai 2007

5.5. Bodo Löttgen (CDU)	48
7.5. Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	59
9.5. Marie-Theres Kastner (CDU)	57
9.5. Michael Solf (CDU)	61
12.5. Friedhelm Ortgies (CDU)	57
15.5. Regina van Dinther (CDU)	49
16.5. Dr. Gerhard Papke (FDP)	46
21.5. Dr. Karsten Rudolph (SPD)	45
21.5. Helga Schwarz-Schumann (SPD)	52
22.5. Horst Becker (GRÜNE)	51
23.5. Wolfgang Große Brömer (SPD)	55
23.5. Inge Howe (SPD)	55
23.5. Elke Rühl (CDU)	59
24.5. Oskar Burkert (CDU)	56
24.5. Theo Kruse (CDU)	59
24.5. Lutz Lienenkämper (CDU)	38

Dr. Jens Petersen (CDU), Landtagsabgeordneter aus Düsseldorf, ist von seiner Fraktion zum Sprecher im neu gegründeten Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen gewählt worden. Außerdem ist der 36-jährige Unternehmensberater in den Vorstand der CDU-Landtagsfraktion aufgerückt.

Willi Wessel (SPD), Landtagsabgeordneter von 1980 bis 1990 und in dieser Zeit fünf Jahre lang Vorsitzender des Grubensicherheitsausschusses, ist zum Ehrenbürger der Stadt Herten ernannt worden. Der aus Diepenau/Kreis Nienburg stammende Wessel war 28 Jahre in der Lokalpolitik engagiert und amtierte 16 Jahre als Bürgermeister von Herten. Er sei so etwas wie ein Symbol dieser Stadt geworden, heißt es in der Begründung.

Rolf Söhnchen (65), bis zu seiner Pensionierung Direktor des Amtsgerichts Remscheid, ist von der Landesregierung zum Ombudsmann für den NRW-Strafvollzug ernannt worden. Dieser erste Ombudsmann für den Justizvollzug soll an einem modernen, humanen und an den gesetzlichen Vollzugszielen orientierten Justizvollzug mitwirken. Er ist Ansprechpartner für alle vom Justizvollzug Betroffenen, also Gefangene, Bedienstete und ehrenamtlich im Vollzug Tätige.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 3. Mai 2007 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Ein Herz ...

... für Raucherinnen und Raucher, die von dieser Gewohnheit nicht lassen wollen oder können, hat der Landtag. Trotz des seit April geltenden Rauchverbots im gesamten Gebäude gibt es ein paar Nischen, in denen der Griff zur Zigarette geduldet wird – unter der Bedingung und mit der Garantie, dass Nichtraucher nicht behelligt werden. Dazu sind auf den Fluren des Parlaments Kabinen (siehe kleines Bild) aufgestellt worden, die den Rauch einfangen und schädliche Stoffe herausfiltern. Für die Aufstellung waren keine umfangreichen Installationen erforderlich – Steckdose genügt.

Fotos: Schälte